Bericht über die Verwaltung der Stadt Bad Ems und den Stand der Gemeindeangelegenheiten für das Rechnungsjahr 1927.

Erstattet von Bürgermeister Schreck.

Im vorigen Verwaltungsberichte wurde zum Ausdruck gebracht, daß die allgemeine wirtschaftliche Depression um die Mitte des Rechnungsjahres 1926 einem allmählich zunehmenden wirtschaftlichen Aufschwunge Deutschlands gewichen sei. Diese langsam einsetzende Verbesserung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse hat im Rechnungsjahr 1927 angehalten. Für unseren Badeort hat sie sich durch den erhöhten Kurbesuch gegenüber den Vorjahren ausgedrückt.

Der

Kurbesuch

stellt sich wie folgt:

1913: 10 707 Kurgäste, 13 294 Passanten, zusammen 24 001.

1925: 6 884 Kurgäste = 64 Prozent von 1913, ferner 6 531 Passanten, zusammen 13 415.

1926: 7 480 Kurgäste = 70 Prozent, 7 975 Passanten, zusammen 15 455.

1927: 9 135 Kurgäste = 85 Prozent, 10 768 Passanten, zusammen 19 903.

Diese Besuchsziffern, verglichen mit 1913, ergeben allerdings insofern kein richtiges Bild, als die Kurgäste vor dem Kriege im Durchschnitt sich etwa vier Wochen in Ems zur Kur aufhielten und erhebliche Gelder hier ließen, während sie in der Nachkriegszeit im Durchschnitt nur 2 bis 3 Wochen zur Kur hier weilen und im allgemeinen sparsam leben. Ein richtiges Bild ergibt sich also nur aus der Zahl der Uebernachtungen, die gegenüber der Vorkriegszeit immer noch erheblich zurückbleibt.

Angesichts der gleichmäßig immerhin erheblichen Zunahme der Kurbesuches im Rechnungsjahr 1927 und dank der bedeutenden Aufwendungen, die Staat und Gemeinde inzwischen zur Förderung der Kur in Ems in letzter Zeit gemacht haben, dürfen wir uns doch der Hoffnung hingeben, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Badestadt sich allmählich immermehr bessern werden. Es wird allerdings noch einer Reihe von Jahren mit gutem Kurbesuche bedürfen, bevor unsere Kurindustrie, die überhaupt unsere ganze Geschäftswelt, sich aus ihrer finanziellen Erschöpfung erholt hat. Aber jedenfalls dürfte das feststehen, daß es wieder aufwärts geht.

Das wichtigste Kapitel für uns, wie für fast alle Städte Deutschlands ist die Finanzfrage. Die Finanzlage der Städte hängt heute nicht mehr in dem Maße wie früher von der eigenen Wirtschaftsführung und Wirtschaftskraft ab, sondern sie wird entscheidend von den Wechselfällen der Gesetzgebung des Reiches und des Staates beeinflußt. Während das Reich trotz der wirtschaftlichen und politischen Erschütterungen der Nachkriegszeit verhältnismäßig rasch wieder zu finanzieller Gesundung kommen konnte, und auch die Länder, zum Teil auf Kosten des Reiches, im Allgemeinen sich eine erträgliche Existenz zu sichern wußten, sind die Gemeinden hinsichtlich ihrer Finanzwirtschaft in ein Hörigkeitsverhältnis zu Reich und Staat gedrängt worden, das in seinen Auswirkungen die finanzielle Position der Städte mehr und mehr geschwächt hat. Wenn auch zugegeben werden muß, daß die Erzbergersche Reichsfinanzreform vor allem mit Rücksicht auf die Verpflichtungen des Reiches aus dem Friedensvertrage eine staatspolitische Notwendigkeit gewesen ist, so muß doch immer wieder betont werden, daß die schwersten Opfer, die diese steuerpolitische Umwälzung erforderte, von den Gemeinden gebracht worden sind. Opfer, die nicht nur durch den Verlust der selbständigen Finanzgebarung gekennzeichnet werden, sondern darüber hinaus, wie die Entwickelung der Finanzausgleichsgesetzgebung beweisen hat, zu einer ständig zunehmenden Verknappung und Verringerung der Gemeindeeinnahmen geführt haben. S. B. betrug in Ems das Gemeinde-Einkommensteuerfollaufkommen 1913 156 097. Mk., im Statsjahr 1927 an überwiesenen Reichseinkommensteuern nur 138 737.— RM (also nur 88,91 Prozent des Steueraufkommens von 1913), wogegen die Ausgaben auf der ganzen Linie erheblich gestiegen sind. (S. B. haben sich die Wohlfahrtsausgaben verzehnfacht, die Kreis- und Bezirksteuer hat sich vervierfacht.) Dabei sind rund 80 Prozent aller Gemeindeausgaben zwangsläufig.

Es liegt auf der Hand, daß der Verlust der finanziellen Selbständigkeit die Städte in der Erfüllung ihrer Aufgaben vor außerordentliche Schwierigkeiten stellen mußte, umsomehr, als ihnen gleichzeitig die Tragung der Inneren Kriegslasten auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge auferlegt wurde, ohne daß man ihnen auch nur einen annähernden Ausgleich in der Zuweisung entsprechender Einnahmen gewährt hätte. Die Stadt als Sammelbecken aller öffentlichen Hilfsbedürftigkeit vermochte sich eines unheimlichen Wachstums der Ziffern ihrer Ausgaben für Wohlfahrtspflege nicht zu erwehren, wie sich aus der schon angedeuteten Verzehnfachung der Wohlfahrtsausgaben in Ems ergibt. Verdrängt von der sicheren Einnahmequelle der Gemeinde-Einkommensteuer, belastet mit ständig wachsenden zwangsläufigen Ausgaben, gänzlich unbeteiligt auch am Aufkommen der Hauszinssteuer, mußte die Stadt die Reaisteuern in erheblichem Maße anspannen und kleine Verzärgerungssteuern, wie die Vergnügungssteuer, die Hundesteuer, in erhöhtem Maße in Anspruch nehmen. Dabei stand die Finanzpolitik der Gemeinde auch im Kreuzfeuer der billigen Sparsamkeitsmahnungen der Regierungsstellen und der geschäftigen Kritik materiell interessierter Wirtschaftskreise.

Die Gesetzgebung läßt aber auch auf anderen Gebieten die praktische Würdigung der gespannten Finanzverhältnisse der Städte vermissen. Was nützt es beispielsweise den Gemeinden, daß die Erwerbslosenfürsorge mit dem 1. Oktober 1927 in die Arbeitslosenversicherung übergegangen ist, wenn tatsächlich dabei die Aufwendungen der Städte für die Krisenfürsorge sich steigern, und die Fälle notwendiger Unterstützung aus gemeindlichen Mitteln sich mehren, und wie sollen die Städte sich für das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten begeistern, wenn ihnen aus seiner Durchführung wiederum neue, dauernde Lasten erwachsen, denen zunächst keinerlei Ausgleich gegenüber steht.

Ein Blick auf die gegenwärtige Finanzlage unserer Städte bietet also kein rosiges Bild und wenn man sich dabei noch die derzeitige schwierige Lage am Anleihemarkt vor Augen hält, so ist es gewiß kein übertriebenes pessimistisches Urteil, wenn man die finanzielle Lage der Städte allgemein als unerfreulich bezeichnet. Die berechtigten Interessen gemeindlicher Selbstverwaltung finden häufig in den Parlamenten nicht die Beachtung, die ihnen von rechtswegen zukommt. Im Reiche sind die Länder in der Lage, im Reichsrat und durch ihn, ihre Interessen zu wahren. Den Gemeinden aber, die mit und neben den Ländern bei der Steuerregelung des Reiches konkurrieren, fehlt ein derartiges verfassungsmäßiges Organ. Auf die Dauer wird sich dieser Zustand nicht halten lassen. Umsomehr ist Einigkeit und Geschlossenheit der Städte in ihrem Vorgehen zur Steigerung des Einflusses der Städte auf die gesetzgebenden Körperschaften im Interesse der Erweiterung der finanziellen Selbständigkeit der Gemeinden und erhöhter Zuteilung finanzieller Mittel notwendig, damit das jetzt eingeengte Eigenleben der Gemeinden wieder aufblühen kann.

Dieses allgemeine Bild vorausgeschickt, ist über unsere Verwaltung im Rechnungsjahr 1927 im Einzelnen folgendes anzuführen:

Stadtgebiet und Bevölkerung

Die Größe des Stadtgebietes ist mit 1511 Hektar gegen das Vorjahr unverändert geblieben.

Bei der Personenstandsaufnahme am 10. Oktober 1927 wurden 7106 ortsanwesende Personen gezählt.

Die Zahl der standesamtlichen Eheschließungen in 1927 betrug 59 (Vorjahr 46).

Die Zahl der Geburten in 1927 betrug 160 (Vorjahr 1.3); davon 83 (52) Knaben u. 78 (50) Mädchen.

Die Zahl der Sterbefälle in 1927 betrug 136 (Vorjahr 117); davon entfallen 89 (81) auf Einheimische und 47 (36) auf Auswärtige.

Allgemeines

Die Leitung des Ortsmuseums liegt in den Händen des Kurkassenrendanten a. D. Heinrich Wagner. Leider ist es mangels geeigneter Räumlichkeiten nicht möglich, die Sammlung der Oeffentlichkeit zugänglich zu machen. Wir hoffen aber, daß es in absehbarer Zeit gelingt, das Museum wieder zweckentsprechend unterzubringen.

Zur Förderung des Fremdenverkehrs wurden von der Stadt für verschiedene Veranstaltungen während des Berichtsjahres z. B. für Ruderregatta, Schachkongreß, Tennisturnier usw. Preise gestiftet.

Besonders wird die Veranstaltung des Bartholomäusmarktes hervorgehoben, die einen unerwarteten glänzenden Erfolg hatte.

Im Rathaus ist eine Berufsberatungsstelle eingerichtet worden, um der schulentlassenen Jugend geeignete Lehrstellen vermitteln zu können.

An Fahrkarten einschließlich Wochen- und Monatskarten sind auf den beiden Reichsbahnstationen in Bad Ems lt. Angabe des Eisenbahnbetriebsamtes Limburg verabfolgt worden: Bad Ems: 1925: 207 665; 1926: 180 015; 1927: 210 169. Ems-Lindenbach: 1925: 94 650; 1926: 93 283; 1927: 88 589.

Städtische Körperschaften

In 62 Sitzungen des Magistrats wurde über 1385 Sachen Beschluß gefaßt. Die Stadtverordnetenversammlung hielt 13 Sitzungen ab mit 90 Beratungsgegenständen. Daneben fanden zahlreiche Sitzungen der verschiedenen Kommissionen statt.

Aus dem Stadtverordneten-Kollegium ist nach pflichttreuer Tätigkeit der Stadtverordnete Lehrer Heinrich Schmidt (Bürgerliste) durch Tod ausgeschieden. An seiner Stelle ist der Architekt Valentin in das Kollegium eingetreten.

Magistrat und Stadtverordnetenkollegium beschäftigten gemeinsam das Lahnkraftwerk Cramberg und den Nürburgring. Der Magistrat außerdem die Müllabfuhreinrichtungen der Stadt Köln.

Beamte

Drei freigewordene Stadtsekretärstellen wurden am 1. 4. 1927 mit dem Stadtassistenten Böhme, Marx und Jersas besetzt. Schlachthofverwalter Hoffmeister ist seit 1. 7. 1927 die Dienstbezeichnung „Schlachthofinspektor".

Am 1. 1. 1928 ist Stadtbaumeister Gäll nach 33jähriger Tätigkeit bei der Stadt in den Ruhestand getreten.

Die Polizeibeamten erhielten neue Dienstbezeichnungen und zwar: der Polizeisekretär = Polizeimeister, die Polizei-Assistenten = Polizei-Hauptwachtmeister, die Polizei-Betriebsassistenten = Polizei-Oberwachtmeister.

Während des Winterhalbjahres besuchten Stadtentmeister Stroh, Stadtinspektor Kleh und Stadtinspektor Haas Vorlesungen an der Rheinischen Verwaltungsakademie über Reichs- und Staatsrecht, Staatstheorie, Recht der Schuldverhältnisse und Volkswirtschaft.

Die Zahl aller städtischen Beamten und Festangestellten (einschl. Schlachthof, Klärwerk, Forst, Feldhüter) betrug nach dem Stande vom 1. 4. 1913 = 32 Beamte und Dauerangestellte und 5 Hilfsangestellte. Am Ende des Berichtsjahres waren vorhanden 28 Beamte und Dauerangestellte und 16 Hilfsangestellte.

Oberrealschule i. E.

Der Ausbau der Oberrealschule hat sich weiter entwickelt. Zu Beginn des Schuljahres 1928 ist die Oberprima aufgesetzt worden. Mit Schluß des Berichtsjahres hörten die früher eingerichteten Reformklassen der früheren Realschule mit Reform-Realprogymnasium auf. Die Erwartungen, die man mit der Umwandlung zur Oberrealschule erhoffte, haben sich in vollem Umfange erfüllt. Der Staatszuschuß betrug 15 000 RM.

Die Schülerzahl betrug am Ende des Schuljahres 1927 = 217; davon sind 41,02 Prozent einheimische und 58,98 Prozent auswärtige Schüler. Der Zuschuß der Stadt betrug pro Kopf der Schüler 290.25 RM oder pro Kopf der Bevölkerung 8.92 RM.

An Lehrpersonen sind hinzugekommen der Studienassessor Dr. Philipps — vorher an der Oberrealschule I in Kassel — und der Musiklehrer Sturm.

Der Eisenbahnfahrplan wurde auf Antrag zu Gunsten der auswärtigen Schüler verbessert, so daß die Fahrschüler auf schnellstem Wege in die Schule und wieder nach Hause kommen können; sie sind nicht darauf angewiesen, vor und nach dem Unterricht sehr längere Zeit aufzuhalten. Die Lehrmittelsammlung, insbesondere für Naturwissenschaft und Bio. ist den Bedürfnissen der Anstalt entsprechend bedeutend vergrößert worden.

Höhere Mädchenschule.
(Luisenschule).

Die Verstadtlichung der Luisenschule ist seit 1. 4. 1927 durchgeführt. Da die Räume in der Oberrealschule für die Unterbringung der Oberstufe benötigt wurden, mußte die Luisenschule wieder in die 1921 verlassenen Räume des alten Schulgebäudes in der Römerstraße einziehen. Die Unterbringung ist wegen der ungenügenden Räume nur als Provisorium gedacht und es muß im Laufe der Zeit darauf Bedacht genommen werden, beim Freiwerden von geeigneten Gebäuden die Schule anderweit unterzubringen.

Die Schülerzahl betrug im Schuljahr durchschnittlich 50; davon waren Einheimische 46 und Auswärtige 4. Veränderungen im Lehrkörper sind nicht zu verzeichnen. Der Zuschuß der Stadt betrug pro Kopf der Schülerinnen 109.26 RM oder pro Kopf der Bevölkerung 0.82 RM.

Volksschule.

Die Schülerzahl hat sich abgelaufenen Schuljahr 614 (Vorjahr 590), darunter 10 Kinder von auswärts, deren Eltern aber dicht an der hiesigen Gemarkungsgrenze wohnen und die Schulen ihrer Wohnsitzgemeinden zu weit entfernt sind. Drei Kinder von hier sind in Nachbargemeinden eingeschult.

Der Lehrkörper innerhalb des Schulverbandes, der lange Zeit hindurch Veränderungen nicht zu verzeichnen hatte, hat durch den Tod der Lehrer H. Schmidt und H. Schwarz einen großen Verlust erlitten, starben doch beide Verstorbenen im besten Mannesalter. Während Herr Schmidt schon lange unheilbar erkrankt war, ereilte Herrn Schwarz der Tod ganz plötzlich. Die Tätigkeit der Verstorbenen im Interesse der Jugend soll an dieser Stelle wärmstens anerkannt werden. Als Mitglied der Schuldeputation an Stelle des Lehrers Schmidt trat Stadtverordneter Daniel ein. Die beiden vakanten Schulstellen wurden durch die Regierung auftragsweise durch Junglehrer besetzt. Inzwischen ist die Stelle des Lehrers Schmidt durch den Lehrer Groß aus Scheidt wiederbesetzt worden. Die Lehrer Lindenschmidt und Becker an der Ernst-Born-Schule wurden endgültig angestellt.

Die auftragsweise tätige Handarbeitslehrerin Klee wurde einstweilig angestellt. Der Handfertigkeitsunterricht an der Ernst-Born-Schule hat sich weiter entwickelt.

Der Zuschuß der Stadt zu unseren Volksschulen betrug pro Kopf des Volksschülers 146.83 RM oder pro Kopf der Bevölkerung 12.31 RM.

Die Verhandlungen wegen Einführung des hauswirtschaftlichen Unterrichts für Mädchen konnten immer noch nicht zum Abschluß gebracht werden, weil die Raumfrage zur Zeit noch nicht gelöst werden kann.

Städtische Berufsschule.

Das Berichtsjahr ist das erste Schuljahr der städtischen Berufsschule unter hauptmäßiger Leitung. Die Durchführung der Schulpflicht erfolgt auf Grund der bestehenden Kreissatzung für den Unterlahnkreis. An laufenden Staatszuschüssen wurden im Berichtsjahre von der Regierung 5000 RM und 1080 RM = 6080 RM überwiesen. Hinzu kommt eine einmalige Zuwendung des Herrn Ministers für die Neueinrichtung von 2 Schulsälen und die Beschaffung von Lehrmitteln in Höhe von 3000 RM.

Bis Ostern 1927 wurden an der Berufsschule unterrichtet:

10 Klassen Fachunterricht mit	40 Wochenstunden
6 Klassen Zeichenunterricht mit	24 Wochenstunden
zusammen	64 Wochenstunden.

Um den Unterricht sachlich ausbauen zu können, wurde ab Ostern 1927 eine Umorganisation der bisherigen Klassenbildung vorgenommen. Es wurden ab Ostern unterrichtet:

10 Klassen Allgemeinunterricht	40 Wochenstunden
davon acht Klassen Fachunterricht und Zeichnen	32 Wochenstunden
1 Klasse Nahrungsmittelgewerbe	6 Wochenstunden
1 Kl. Kaufleute und Bürolehrlinge	6 Wochenstunden
zusammen	84 Wochenstunden

Gleichzeitig mit der Umorganisation vollzog sich die Umgestaltung des bisherigen Nachmittags- und Abendunterrichts auf Tagesunterricht. Trotz der veränderten Schulzeiten ist der Unterricht allgemein als zufriedenstellend besucht zu bezeichnen.

Auf Anweisung der Regierung wurde in diesem Schuljahr nach den bisherigen Lehrplänen weiter unterrichtet.

Nach der Osterentlassung und Neuaufnahme der Schüler umfaßte die Berufsschule mit Wiederbeginn des Unterrichts folgende Schülerzahlen:

Schülerzahl zu Beginn des Jahres	317
Zugänge während des Schuljahres	65
Abgänge während des Schuljahres	134
Schülerzahl am Jahresschluß	248

Mit der Umorganisation unserer Berufsschule hatte auch die Tätigkeit des Lehrers Auster, als langjähriger Leiter der Schule im Nebenamt, ihr Ende erreicht. An dieser Stelle sei ihm der Dank ausgesprochen für seine Verdienste, die er sich um die Leitung und Entwicklung der Schule erworben hat.

An der Berufsschule unterrichteten zum Schlusse des Schuljahres:

a) hauptamtlich:
Berufsschulvorsteher Bill,

b) nebenamtlich:
Gewerbelehrer Fendler,
Gewerbelehrer Peimecki
Lehrer Auster,
Lehrer Guden,
Lehrer Lindenschmidt,
Malermeister Böppler,
Malermeister Engel

Durch den Tod des Lehrers Schwarz verlor die Schule einen geschätzten Lehrer im Nebenamt, der seit 27 Jahren an der Berufsschule tätig war.

Infolge Umlegung des Unterrichts auf den Vormittag verlor die Schule auch den Stadtbauinspektor Gäll, der ebenfalls 27 Jahre nebenamtlich an der Schule unterrichtete.

Seit dem 1. Oktober besteht an der Berufsschule ein freiwilliger Abendkursus für das Metallgewerbe, dem zeitweise über 20 ältere Gehilfen angehörten. Ebenso besteht seit Oktober ein Vorbereitungskursus auf die Meisterprüfung mit etwa 30 Teilnehmern. Die Einrichtung eines Lehrganges für das Baugewerbe mußte einstweilen zurückgestellt werden, da sich nicht genügend Teilnehmer meldeten. Ein technischer Ausbildungskursus für autogene Metallbearbeitung wird voraussichtlich in den ersten Monaten des neuen Schuljahres eingeführt.

Der Zuschuß der Stadt betrug pro Kopf der Bevölkerung 1.55 RM.

Jugendpflege und Sport

Die Jugendherberge im Hause „Nassau" erhielt einen neuen Waschraum und eine neue Klosetanlage. Zu den entstehenden Kosten wurde aus Kreismitteln ein Zuschuß erwirkt (100 RM). Der Besuch der Jugendherberge ist sehr groß (2527 Personen haben übernachtet). Die Räume reichten manchmal nicht zur Unterbringung der Jugendwanderer aus.

Der Sportplatz vor dem Schlachthof ist zum Teil durch Pflichtarbeiter aufgefüllt worden. Nachdem die Pachtzeit der von Klein und Rühnle benutzten Grundstücke abgelaufen ist, wurde der Sportplatz um diese Grundstücke vergrößert. Die Auffüllungsarbeiten werden z. Zt. ausgeführt. Von Klein ist ein Häuschen angekauft, als Umkleideraum und Abort eingerichtet und auf dem Sportplatz aufgestellt worden. Zu den Unkosten leistete der Staat einen Zuschuß von 5000 RM.

Der Sportplatz hinter dem Schlachthof ist ausgebessert und reguliert und damit spielfähig hergestellt worden.

Ueber die weitere Verbesserung der Sportplätze und die Aufstellung einer Sporthalle besteht ein großzügiges Projekt, dessen Ausführung von der Bewilligung staatlicher Beihilfen abhängt. Die Verhandlungen darüber schweben.

Liegenschaften

Der unbebaute Grundbesitz der Stadt ohne Forstgebiet ist 106.13 Hektar groß. Er ist fast ausschließlich verpachtet. Die Nachfrage nach Pachtland weist auch im Berichtsjahr einen weiteren Rückgang auf.

An Liegenschaften wurden im Berichtsjahr angekauft:

a) Besitzung der Erben Schröder in der Flurabteilung Langenäcker in Größe von zusammen 108,99 Ar,

b) 6 Grundstücke im Kunzbacherberg in Größe von zusammen 1.52 Hektar zur Anlage eines Müllablagerungsplatzes,

c) 2 Grundstücke auf dem Klauspfad in Größe von zusammen 37,08 Ar.

Von dem Ankauf des übrigen Geländes in der Flurabteilung Langenäcker zur Sportplatzanlage und Erweiterung muß vorläufig Abstand genommen werden, da die erforderlichen Geldmittel fehlen und die Höhe des Staatszuschusses noch nicht feststeht. Die Anlagen des Verschönerungsvereins in der Braunebach und Westerbach in Größe von zusammen 52,01 Ar sind in das Eigentum der Stadt übergegangen.

An Liegenschaften wurden veräußert:

a) 3 Bauplätze auf der Weidhelle in Größe von zusammen 19.79 Ar,

b) 1 Bauplatz auf dem Trümmerborn in Größe von 16.62 Ar.

Die Liegenschaften in ihrem Bestande zu erhalten und zu erweitern, muß erster Grundsatz bleiben. Handelt es sich aber um die Abgabe von Bauplätzen zur Schaffung von Kleinwohnungen für Minderbemittelte, so muß die Stadt in gegebenen Fällen durch Verkauf von Baugelände helfen.

Wald

Der Wald umfaßt einen Gesamtflächeninhalt von 647 Hektar. Im Ganzen wurden 46,5 Hektar Waldfläche durchforstet, dabei fielen an:

358,99 Fm. Derbnutzholz,
2224,— Rm. Derbbrennholz,
1241,— Rm. Reiserholz.

Die Einnahmen für Holz betrugen	26 554.— RM
Gegenüber 1926 mehr	1 202.— RM
Die Holzwerbungskosten betrugen	7 649.— RM
Für Kulturarbeiten wurden verausgabt	5 861.— RM

Es wurden im Ganzen 6 Hektar Waldblöße bepflanzt mit 30 000 Pflanzen (Fichten, Weißtannen, Douglasfichte, Kiefern, Lärchen und Akazien).

In den Forstorten 7a und b Westerbach wurde ein neuer Holzabfuhrweg von 600 Meter Länge und 4 Meter Breite gebaut.

Die alljährliche Reinigung der älteren Kulturen erfordert immer noch hohe Summen, ist aber unbedingt erforderlich, um die angelegten Kulturen hoch zu bringen. Da in den letzten Jahren Kahlabtriebe nicht mehr vorgenommen wurden und die Waldwirtschaft künftig nur auf Durchforstungen ausgedehnt werden soll, ist zu hoffen, daß nach einigen Jahren die Kulturkosten erheblich zurückgehen und aus dem Wald wieder größere Ueberschüsse erzielt werden.

Die Waldwirtschaft steht unter der ausgezeichneten Leitung des Försters Ruppert.

Hochbau

Für die Distrikte „Eiche", „Untertalen" und „Obertalen" ist ein Fluchtlinienplan festgesetzt worden. Durch die neu angelegte Straße nach Kemmenau wurde diese Feststellung bedingt.

Die Straße zwischen den städtischen Neubauten an der Wilhelmsallee erhielt die Bezeichnung „St. Martinshof". Die dort errichteten 6 Wohnhäuser mit je 3 Wohnungen wurden bezogen. Die Mieten betragen für die Dachwohnungen 25 RM, für die übrigen Wohnungen 38 RM monatlich.

Das Gartenhaus bei den „Vier Türmen" wurde zum Preise von 4000 RM angekauft und auf dem städtischen Grundstück im Distrikt „Maarackerr" aufgestellt. Es dient jetzt als Wohnung für eine Familie.

Das auf dem Grundstück Schiffterweg errichtete Wohnhaus ist im Rohbau fertig. Hier entstehen sechs Wohnungen von je 2 Zimmern und Küche und eine Wohnung von 3 Zimmern und Küche.

Ein weiteres 4-Familienhaus soll im Distrikt „Baumhelle" im Sommer 1928 errichtet werden.

Die Finanzierung dieser Bauten erfolgt durch verbilligte Reichsdarlehen und Hauszinssteuerhypotheken.

In 1927 sind der Stadt zur Erstellung von Ersatzwohnungen für von der Besatzung beschlagnahmte bewilligt 108 000.— RM
hiervon werden an Private weitergegeben 48 000.— RM
bleiben zur Verfügung der Stadt 60 000.— RM

Dieser Betrag wird verwendet:
1. Haus Moaraker 4000.— RM
2. Haus Schiffermeg 40 000.— RM
3. Haus Baumhelle 16 000.— RM
60 000.— RM

Der Bau unter 3) ist veranschlagt zu 26 000.— RM weshalb 10 000.— RM Hauszinssteuer beantragt sind.

Durch die Stadt sind bis jetzt folgende Wohnungen dem Wohnungsmarkt zugeführt worden:

3 Häuser Obere Grabenstraße	6	Wohnungen
1 Haus Arenberger Str. (Seelbenhaus)	4	„
1 Haus Moaraker (do.)	5	„
1 Haus Maaraker	1	„
2 Eisenbahnwagen	2	„
2 Häuser Wilhelmsallee	10	„
6 Häuser St. Martinshof	18	„
1 Haus Arzbacher Straße	6	„
1 Haus Schiffermeg	7	„
1 Haus Hasenkimpel (durch Ausbau des früher fisk. Klärwerks)	1	„
Ankauf und Ausbau des Hauses „Stadt Ems"	6	„
Ankauf und Ausbau des Hauses Oranienweg 9 (früh. Arlt)	2	„
Einrichtung einer Wohnung in der Steinschule	1	„
	69	Wohnungen
1926 wurden durch Zahlung von Prämien	8	
1927 wurden durch Zahlung von Prämien	4	
Wohnungen gewonnen	12	
	zus. 81	Wohnungen
Dazu noch das in der Baumhelle zu errichtende 4-Familienhaus	4	
so daß die Stadt für die Schaffung von	85	Wohnungen

gesorgt hat. Die Stadt hat damit ihre eigene Wohnungsbautätigkeit abgeschlossen. Die Schaffung weiterer Wohnungen überläßt sie der privaten Bautätigkeit, die mehrfach eingesetzt hat.

Unterhaltung städtischer Gebäude.

Die Kleinkinderschule ist mit einem neuen Dache versehen worden und hat einen neuen Anstrich erhalten. Ferner sind Klosettanlage und Waschvorrichtung neu eingebaut worden. Die ganze Einrichtung der Räume wurde erneuert.

Rathaus. Die Räume des Stadtbauamtes, der Steuerabteilung und der Polizeiverwaltung wurden renoviert.

Die Verkaufshalle neben dem Rathaus ist neu gestrichen und instandgesetzt und ist jetzt wieder verpachtet.

Die Schillerschule hat einen neuen Außenanstrich erhalten. Die Giebel wurden mit Zinkeindeckung versehen.

In der Oberrealschule wurde die Einrichtung für den Chemie- und Physikunterricht hergestellt.

Die Bismarckfäule wurde neu gefugt.

Im Spritzenhaus wurde für den neuangeschafften automobilen Sprengwagen ein Unterstellraum errichtet, der mit Gasheizung versehen wurde.

Private Bautätigkeit.

Zu privaten Bauzwecken wurden bewilligt

aus Reichsdarlehen	48 000.— RM
aus Hauszinssteuermitteln	80 000.— RM
aus Gemeindedarlehen	44 000.— RM
	172 000.— RM

Es wurden dadurch 18 neue Häuser mit 33 Wohnungen erstellt, so daß einschließlich der von der Stadt hergestellten 85 Wohnungen jetzt 118 Wohnungen dem Wohnungsmarkte zugeführt sind.

Die Stadt hat bis jetzt insgesamt 88 000.— RM an Gemeindebaudarlehen bewilligt. Die Ordnung über die Gewährung von Gemeindebaudarlehen wurde insofern abgeändert, als die Darlehen jetzt nach Empfang zum gleichen Zinsfuß zu verzinsen sind, der die Stadt selbst bezahlen muß. Ab 1. April 1928 sollen keine Gemeindebaudarlehen mehr gewährt werden.

Straßenunterhaltung.

Als Ergänzung zu dem vorjährigen Straßenneubau wurden 1927 folgende Straßenverbesserungen vorgenommen: Die Bahnstraße, die Mainzer Straße, die Bahnhofstraße, die Alexanderstraße, die Bahnhofstraße und die Silberaustraße erhielten Topekabelag und neue Bürgersteige mit Plattenbelag.

Die Gas- und Wasserleitungen in diesen Straßen und die Regenwasser-Sickerkanäle in der Bahnstraße sind erneuert worden. Straßenaufbrüche werden hiernach in absehbarer Zeit dort nicht zu erwarten sein.

In der Bahnstraße wurde die eine Baumreihe entfernt und die Straße verbreitert. Die Gartenmauer der Besitzung „Lustgarten" und das Haus Lanto wurden in die Fluchtlinie zurückgesetzt und dadurch ein Verkehrshindernis beseitigt. Ferner erhielt die Bahnstraße Schmuckbeleuchtung auf der Bahnmauer.

Die Bahnhofbrücke und die Bahnhofstraße wurden städtischerseits mit Blumenschmuck versehen.

Ein Teil der Schulstraße erhielt neue Bürgersteige.

Das Kleinpflaster in der Marktstraße von der Koblenzer Straße bis zur Lindenstraße wurde durch Topeka ersetzt.

Die Verbindungsstraße Lindenstraße—Koblenzer Straße ist neu ausgebaut.

Das Schulgäßchen wurde mit Kleinpflaster versehen.

Die Ernst Bornstraße erhielt einen Spramerbelag und einen neuen Bürgersteig.

Die untere Wilhelmsallee wurde neu chaussiert.

Die Straße St. Martinshof wurde ausgebaut, mit Kanalisation, Gas- und Wasserleitung sowie mit Kleinpflaster versehen.

In der Braubacher Straße wurde der Bürgersteig verlängert.

Die Lindenstraße wurde neu beschottert und mit einem Regenwasserkanal versehen.

Der Weg nach dem Wasserwerk, der sich in einem unpassierbaren Zustande befand, wurde gepflastert.

Die Mühlgasse und die obere Bleichstraße erhielten Bürgersteige.

Der Leinpfad nach den Hohenzollernanlagen wurde neu betoniert.

Der Weg nach dem Hasenberg wurde unter Kostenbeteiligung der Ziegelei Hasenberg als Straße ausgebaut, an welcher in absehbarer Zeit einige Neubauten entstehen werden.

In der Arzbacher Straße wurde eine gepflasterte Doppelrinne neu hergestellt.

Auf der Besitzung Arlt wurde der bestehende Mühlgraben zugeschüttet und das Entwässerungsnetz beseitigt.

Die Kosten für den Straßenbau betragen rund 300 000.— RM

Hiervon wurden verreinnahmt:
aus der Erwerbslosenfürsorge als Zuschuß 11 316.—
aus der Erwerbslosenfürsorge als Darlehen 58 330.—
69 646.—

Für Bürgersteigsteinen, Verkauf von Altmaterial usw. 4 523.—
74 169 RM
225 831.— RM

Hierzu kommen noch die Kosten für:
1. Ausbau der Lindenstr. 10 897.— RM
2. Bürgersteig d. Mühlg. 1 882.— „
3. Minne Arzb. Straße 1 039.— „
4. Bürgerst. Frontjsr 479.— „
5. Weg n. d. Wasserwerk 13 026.— „
6. Bürgerst. Braub. Str. 1 152.— „
7. Straße St. Martinshof 6 133.— „
8. Bürgerst. Bleichstr. 207.— „
9. Weg n. d. Hohenberg b. jetzt 7309 minus Erstattung d. Ziegelei Hasenberg mit 2400 4 909.— „
39 724 RM
265 555 RM

Durch die Straßenneubauten ist die Stadt in einen schönen sauberen Zustand versetzt worden. Die Stadt hat gezeigt, daß sie in Bezug auf ihre Straßen keine Opfer scheuet hat, um auch ihrerseits dazu beizutragen, der Stadt den alten Ruf als Weltbad zu erhalten.

Im übrigen muß betont werden, daß die Neubefestigung der Straßen wegen des starken und stets zunehmenden Autoverkehrs eine dringende Notwendigkeit war und eine gewöhnliche Schotterstraße oder auch eine Pflasterstraße wegen der großen Staubplage überhaupt nicht mehr zu halten gewesen wäre. Der im Interesse der Straßensauberhaltung im Juli 1927 eingestellte Automobil-Straßenspülen und Sprengwagen hat sich sehr gut bewährt.

Straße nach Kemmenau—Montabaur.

Der als große Notstandsarbeit ausgeführte Bau der Straße nach Kemmenau—Montabaur ist am 31. 3. 28 dem Verkehr übergeben worden. Beschäftigt waren im Durchschnitt 40 — zeitweise 80 Erwerbslose aus den Gemeinden Bad Ems und Kemmenau. Die Bauaufsicht übte das Landesbauamt in Diez aus.

Die Gesamtbaukosten belaufen sich auf 250 500.— RM

Hiervon werden vorbehaltlich der Abrechnung aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge gezahlt:
1. als Darlehen voraussichtlich 106 810.— RM
2. als Zuschuß voraussichtlich 61 920.— RM 168 730.— RM

Der Rest von 90 770.— RM soll mit ⅓ vom Bezirksverband, dem Unterlahnkreis, der Stadt Bad Ems und der Gemeinde Kemmenau getragen werden. Hiernach würde für die Stadt der bare Zuschuß rund 26 430 RM betragen. Die Verhandlungen über die Verteilung des Darlehens sind noch nicht abgeschlossen. Bis zum 1. 10. 27 war das Darlehen auf 67 821.— RM berechnet. Hiervon übernimmt
a) der Bezirksverband 22 607.— RM
b) die Stadt Bad Ems 30 143.— RM
c) Gemeinde Kemmenau 15 071.— RM 67 821.— RM

Nach dem Voranschlag sollten 28 490 Tagewerke aufgewandt werden. Diese Zahl wurde jedoch nicht erreicht. Es ist mit einer Tagewerkzahl von rund 24 000 zu rechnen.

Die Kraftpostlinie Montabaur—Bad Ems ist mit dem 15. 4. 28 über die neue Straße eingerichtet worden. Es ist zu erwarten, daß dieses insbesondere im Sommerhalbjahr wesentlich zur Hebung des Verkehrs von und nach dem Westerwald beiträgt; und daß sich diese wirtschaftlich günstig auswirkt. Im Interesse des Besuches unserer Oberrealschule ist für verbilligte Schülerfahrten besonders gesorgt.

Abgesehen davon, daß durch den Straßenausbau einer großen Anzahl Erwerbsloser längere Zeit Verdienstmöglichkeit gegeben wurde, wird das aufgewendete Kapital der Stadt durch die Hebung des Verkehrs gute Zinsen tragen. Die Straße geht nach Fertigstellung in die Unterhaltung des Bezirksverbandes über, während sie im Eigentum der Stadt verbleibt.

Promenaden.

Es wurden in diesem Jahre 10 neue Schwarzwaldbänke und 25 andere neue Ruhebänke aufgestellt. Es ist das Bestreben, den Gästen den Aufenthalt so bequem wie möglich zu machen. Daher muß an allen passenden Plätzen Gelegenheit zum Ruhen gegeben werden. Im kommenden Jahre ist die Errichtung von 2 bis 3 Schutzhütten in den Wäldern in Aussicht genommen, als Ersatz für die eingegangenen. Es ist dies im Interesse unseres Fremdenpublikums sehr erwünscht. Der Wiederaufbau der abgebrannten Mooshütte soll noch nicht erfolgen.

Bäche und Flüsse.

Hochwasser war in diesem Jahre nicht zu verzeichnen. Für die Anfertigung eines Projektes zur Verhinderung der Hochwasserschäden haben die städtischen Körperschaften den Betrag von 5000 RM bewilligt. Die Ausarbeitung ist der Städtebaugiene- und Wasserbaugesellschaft m. b. H. in Wiesbaden übertragen. Das Projekt sieht Hochwasser-Schutzmaßnahmen im ganzen Stadtgebiet, Aenderung des Lahnwehres und Bau einer den heutigen Verkehrsverhältnissen entsprechenden Brücke an der Rempbrücke vor, die dann verschwinden soll. Der Stadt ist für die Anfertigung des Projektes ein verbilligtes Darlehen des Bezirksverbandes von 5000 RM gewährt worden. Das in Kürze fertiggestellte Projekt unterliegt noch der Zustimmung der städtischen Körperschaften. Seine Ausführung in den kommenden Jahren muß vom Staate finanziert werden. Die Stadt selbst kann dafür keine nennenswerten Geldopfer bringen.

Der Pützbach an der Arenbergers Straße wurde gefaßt; das gefaßte Wasser wird in ein Reservoir geleitet und dem Schlachthof zu Kühlzwecken zugeführt. Hierdurch werden das Wasser aus der städtischen Leitung und die Pumpkosten für das Pützbachwasser gespart. Die entstandenen Kosten von 3000 RM sind dem Erneuerungsfonds des Schlachthofes entnommen worden.

Fuhrwesen.

Durch die Anschaffung des automobilen Sprengwagens wird das städtische Fuhrwerk entlastet und für andere Zwecke frei. Die Stadt will die Pferde behalten, da während des ganzen Jahres städtische Fuhrleistungen auszuführen sind und es im Interesse der Stadt liegt, daß stets Fuhrwerk zur Verfügung steht. Dieser Vorteil hat sich besonders auch bei der Benutzung des Krankenwagens gezeigt.

Straßenreinigung.

Von der Firma Büssing-Braunschweig wurde ein automobiler Spreng- und Spülwagen kombiniert mit Feuerspritze zum Preise von 25 000 RM gekauft. Für den Ankauf des Sprengwagens sind folgende Zuschüsse und Darlehen gewährt:
1. Zuschuß der Regierung 1 000.— RM
2. Zuschuß des Kreises 5 000.— RM
3. Darlehen des Bezirksverbandes 6 000.— RM
12 000.— RM

Der Sprengwagen hat ein Fassungsvermögen von 5 Kubikmeter. Durch ihn ist es möglich, die Straßen durch Sprengen und Spülen stets staubfrei zu halten, wodurch jahrelange berechtigte Klagen abgestellt werden. Die Anschaffung des Wagens bedingte die Einstellung von 2 Kraftwagenführern. Die Entnahme des Wassers erfolgte zum Teil aus der städtischen Leitung, weil die Strombauverwaltung bisher die Genehmigung zur Entnahme des Wassers aus der Lahn nicht erteilt hatte. Die Füllung des Wagens aus dem Emskach rief die Beschwerden der Anwohner hervor. Nunmehr ist jedoch die Genehmigung der Strombauverwaltung erteilt und eine Wasserentnahmestelle an der Lahn angelegt worden, so daß namentlich im Sommerhalbjahr das Wasser für die Straßenreinhaltung ausschließlich der Lahn entnommen wird.

Die Besprengung und Reinigung der eisenbahnfiskalischen Straße im Zuge der Braubacher Straße wurde von der Stadt übernommen. Die Eisenbahn bezahlt hierfür eine jährliche Vergütung von 460.— RM.

Müllabfuhr

Die Müllabfuhr hat in den letzten Jahren oft Anlaß zur Klage gegeben, insbesondere auch von Kurgästen. Dies betraf nicht nur die Abfuhr selbst, die in der seitherigen Weise nicht staub- und geruchfrei erfolgen konnte, sondern auch die Ablagerung. Der Platz an der Straße nach Fachbach ist für Müllablagerungen geschlossen; dafür wurde der Müll an der Straße nach Arenberg abgelagert. Die städtischen Körperschaften beschlossen daher, in Fortsetzung der Modernisierung der Stadt eine grundlegende Verbesserung der Müllabfuhr durch Einführung des Wechselcontainersystems ab 1. 4. 1928. Dieses System bietet die Gewähr für eine völlig staubfreie, geruchlose Müllabfuhr. Die erstmalige Schaffung der Müllcontainer geschieht durch die Stadt auf Kosten der Hauseigentümer. Die Unterhaltung und Ersatzbeschaffung geht auf Kosten der Stadt. Die Container werden nach der Entleerung jedesmal mittels einer am Schlachthof aufgestellten Waschvorrichtung gereinigt. Die Müllablagerung erfolgt im Distrikt „Kungbacherberg", außerhalb der Stadt. Die Müllabfuhr ist dem Unternehmer Wilhelm Dietz zum Preise von 13 500.— RM jährlich übertragen. Die Müllgebühr erhöht sich von 7,2 v. T. auf 10 v. T. des Gebäudesteuernutzungswertes.

Baupolizei.

Im Jahre 1927 sind 67 Baugenehmigungen erteilt worden. Vom Stadtbauamt sind 26 Abnahmen erfolgt.

Zu bemerken ist, daß bis jetzt sechs Autotankstellen errichtet wurden, davon 3 im Jahre 1927. Für jede auf dem Bürgersteig stehende Zapfsäule (5) ist eine jährliche Gebühr von 100.— RM an die Stadt zu zahlen.

Wenn die Tankstellen dem Straßenbilde gerade nicht zur Zierde gereichen, so läßt sich deren Aufstellung aber bei dem bestehenden Bedürfnis nicht mehr vermeiden.

Gas- und Wasserwerk der Stadt Bad Ems

Kurzer Ueberblick über das abgelaufene Geschäftsjahr 1927

1. Das Gaswerk.

Die gesamte Gasabgabe ist im Jahre 1927 gestiegen von 533 540 Kubikmeter auf 685 750 Kubikmeter, so daß gegenüber dem Vorjahre eine Gesamtsteigerung der Gasabgabe von 152 210 Kubikmeter = 28,4 Prozent eingetreten ist. Diese Abgabe verteilt sich auf 634 233 Kubikmeter nachgewiesene Abgabe und 51 517 Kubikmeter Verlust = 7,51 Prozent.

Wie aus den Zahlen ersichtlich, hat der Gasverkauf im letzten Jahr sehr erfreulich zugenommen. Das liegt daran, daß die starke Propaganda für Heizgas und die Einrichtung einiger Großgasöfen zu einem Mehrverbrauch an Gas geführt haben.

Der Betrieb selbst wurde während des ganzen Jahres ohne jede Störung durchgeführt, obgleich häufig die Schwierigkeiten innerhalb des Betriebes sich kaum mehr bewältigen ließen. Die stark abgewirtschaftete Anlage verlangte eine gründliche Durcharbeitung, wenn die Sicherheit der Belieferung aufrecht erhalten werden sollte. Diese Arbeiten kosteten erhebliche Gelder, die aber einmal festgelegt werden mußten. So kommt es, daß das finanzielle Ergebnis, so erfreulich die Steigerung ist, sich nicht auswirken kann, weil die Mehreinnahmen, die tatsächlich erfolgt sind, für die Instandsetzung des Werkes und die Schaffung betriebssicherer Zustände aufgebraucht wurden.

Die Mehreinnahme für Gasverkauf betrug im abgelaufenen Jahre rund 10 000.— RM, die Mehreinnahme für Koksverkauf 6000.— RM. Für Unterhaltung der Anlage wußte der Betrag von 35 000.— RM ausgegeben werden, der einzel nachgewiesen wird. Die Anlage ist jetzt einigermaßen betriebssicher und es ist unzweifelhaft, daß im kommenden Rechnungsjahre eine stärkere Abführung an die Stadt möglich ist.

Die starke Propaganda, die durchgeführt worden ist, hat zum Erfolg geführt. — Die Zunahme im Gasabsatz hält auch während der ersten Monate des laufenden Jahres an.

2. Das Wasserwerk.

Das abgelaufene Geschäftsjahr zeigt eine wesentliche Zunahme der Wasserlieferung. Die Quellen hatten im abgelaufenen Jahre einen Gesamtzufluß von 214 280 Kubikmeter, dazu kommt die Pumpleistung mit 228 556 Kubikmeter.

Der Verkauf des Wassers ist gestiegen. Die Ursache liegt darin, daß seit alle Hotels fließendes Wasser eingebaut haben und die Wassermesser einer systematischen Kontrolle unterzogen wurden, die sich auch über die nächsten Jahre hinaus auswirken muß.

Im abgelaufenen Jahre wurde die neue Pumpe mit Motor aufgestellt. Die Pumpe hat dann im abgelaufenen Jahre 192 000 Kubikmeter Wasser gefördert. Sie hat diese Arbeit übernommen ohne die geringste Betriebsstörung, so daß die Anlage als gelungen bezeichnet werden kann.

Die Wirtschaftlichkeit der Pumpkosten ist mit Umstellung auf den neuen Betrieb besser geworden, so daß mit Auswirkung des ganzen Umbaues für das abgelaufene Jahr ein verstärkter Ueberschuß zu verzeichnen ist.

An Arbeiten zur Sicherstellung der Wasserlieferung wurde vorgenommen die Errichtung zweier neuer Brunnen, die direkt im Grundwasserstrom niedergebracht wurden. Im Herbst des abgelaufenen Jahres war es erstmalig möglich, an die Sickerleitung heranzukommen. Es wurde versucht, die Sickerleitung aufzufinden; das ist gelungen und mit einem Schacht, der neben der Sickerleitung errichtet worden ist, war es möglich, einen Teil der Sickerleitung, die vollständig verrostet war, zu reinigen. Diese Arbeit war ungeheuer schwierig, sie brachte aber den gewünschten Erfolg. Es ist wenigstens ein Teil der Sickerleitung nun frei und durch Einbau des Schachtes auch jederzeit zugänglich.

Die dauernde Ueberwachung des Wassers in chemischer und bakteriologischer Beziehung hat zu irgendwelchen Anständen nicht geführt. Der Betrieb konnte ohne Störung übernommen werden.

Volksbad

Es sind abgegeben worden: Bannenbäder: 1927 = 8573, 1926 = 7969; Brausebäder: 1927 = 1051, 1926 = 563. Ferner wurden noch 1235 Brausebäder an Volksschüler und 690 Solbäder abgegeben. Wenn auch der Besuch des Volksbades gegenüber dem Vorjahr zugenommen hat, so wird das Volksbad doch noch immer nicht genügend gewürdigt. Die Bäderpreise sind aus sozialen Gründen äußerst gering bemessen, um auch den geringen Bemittelten das Baden zu ermöglichen. Sie betragen 30 und 40 Rpf. für ein Wannenbad und 15 und 20 Rpf. für ein Brausebad.

Die Klingelanlage ist erneuert worden. Die Brausebäder haben neue Vorhänge erhalten.

Die Uebertöpfanlage vom Gaswerk nach der Turnhalle und Oberrealschule ist instandgesetzt und in Betrieb genommen. Das Volksbad, die Turnhalle und die Oberrealschule werden nunmehr mit der vom Gaswerk abgegebenen Hitze bezw. Dampf in völlig ausreichendem Maße geheizt.

Wegen Berechnung des Preises für gelieferte Heizmengen sind noch Verhandlungen mit dem Gaswerk im Gange. Zweifellos tritt gegenüber den seitherigen Heizkosten eine Ersparnis ein.

Schlachthof

Es wurden geschlachtet:

	1926	1927
Pferde	2 Stück	2 Stück
Ochsen	273 „	247 „
Bullen	8 „	10 „
Kühe	245 „	220 „
Rinder	117 „	140 „
Kälber	1611 „	1820 „
Schweine	1901 „	2360 „
Schafe	308 „	277 „
Ziegen	72 „	86 „

Die Schlachtungen an Großvieh sind gegen das Vorjahr um etwa 25 Stück zurückgeblieben, was auf den Mehrverbrauch des Gefrierfleisches zurückzuführen ist. Dagegen haben sich die Schlachtungen bei Schweinen um 450 und bei Kälbern um 200 Stück erhöht.

Die Gebührensätze sind die gleichen wie im Vorjahre geblieben. Die Eisabgabe betrug 1927 etwa 14 000 Zentner, gegen das Vorjahr 500 Zentner mehr.

Die Besatzung benutzt nur noch 9,14 Quadratmeter Kühlzellenfläche, also etwa ¼ wie vorher. Die Kühlgebühren für 1927 betragen etwa 10 500.— RM, für das Statsjahr 1928 werden diese Gebühren etwa 4000.— bis 4500.— RM betragen.

An Reparaturarbeiten sind zu erwähnen die Neudeckung der Südseiten der Großvieh- und der Schweineschlachthalle. Diese sind mit doppeltem Kiesdach versehen. Ferner wurde eine Dungzange angelegt. An der im Schlachthof aufgestellten Hackfleischmaschine wurden an Brennholz geschnitten: 125 Rm. für Private, 51 Rm. für die städtischen Kasernen und 41 Rm. für Wohlfahrtszwecke.

Die voraussichtliche Einnahme des Schlachthofes stellt sich im Rechnungsjahre 1927 auf 60 000.— RM, die Ausgabe unter Hinzurechnung der Kosten für die Fassung des Pützbaches und des neuen angeschafften Doppelkühlgrenzgenstromkondensators auf etwa 54—55 000.— RM, so daß immerhin noch 5000.— RM dem Erneuerungsfonds überwiesen werden können.

Friedhof

Auf dem Friedhof haben 1927 = 85 Beerdigungen stattgefunden, darunter vier Kinder.

Es wurden abgegeben: 37 Nachtgräber auf die Dauer von 60 Jahren, 2 Nachtgräber auf die Dauer von 100 Jahren. Drei Grabüberschlagungen wurden genehmigt.

Das gesamte Mauerwerk des Friedhofes ist eingehend renoviert worden. Ferner ist ein neuer Regenwasserkanal gebaut.

Für die Unterhaltung der Kriegergräber erhält die Stadt jährlich aus Reichsmitteln einen Betrag von 168.— RM.

Das Kriegerehrenfeld ist in einer würdigen Weise neu ausgestattet durch Errichtung eines Ehrenmales, bestehend aus einem Gedenkstein aus Naturmuschelkalkstein und einem Bronzesarkophag, durch Aufstellung einheitliche Kreuze aus Muschelkalk und Anpflanzung einer Einfriedigungshecke usw. Für diese Ausgestaltung des Ehrenfriedhofes ist eine staatl. Beihilfe beantragt, sie ist aber abgelehnt worden. Die Weihe des Ehrenmals erfolgte in Gegenwart der städt. Körperschaften und starker Beteiligung der Einwohnerschaft am Volkstrauertage am 4. 3. 1928.

Kanalisationswerk

Die Kanalgebühr beträgt 30 v. T. des Gebäudesteuernutzungswertes und bringt 56 000.— RM ein. Das Kanalisationsnetz ist durch die Verlegung der Kanalisation im Schiffleweg verlängert.

Das Klärwerk ist ein Ausgleichbetrieb mit regelmäßiger Ansammlung eines Erneuerungsfonds.

Emser Elektrizitätswerk- und Malbergbahn A.-G.

Nach dem mit der Emser Elektrizitätswerk- und Malbergbahn A.-G. geschlossenen Konzessionsvertrag vom 1. 9. 1926 erhält die Stadt:

1. 3 Prozent der Einnahmen aus Strom- und Bergbahn von den ersten 100 000.— *RM* und 5 Prozent der Einnahmen über 100 000.— *RM*. Der Gesamtumsatz betrug 1927 = 176 333.— *RM*. Abgabe an die Stadt 6 816.— *RM*
2. 2 Rpf. für jede Kwstd. abgegebenen Strom. Abgegeben sind 1927 = 248 864 Kwstd. je 2 Rpf. = 4 977.— *RM*

zusammen 11 793.— *RM*

Ab 1. 1. 1928 wirkt sich auch die Bestimmung des Vertrages, daß die gleichen Strompreise wie die Mainkraftwerke zu erheben sind, aus. Von diesem Zeitpunkte ab kommt eine geänderte Preisberechnung zur Anwendung, bestehend aus einer Grundgebühr, errechnet nach dem Verbrauch des Vorjahres und einer Arbeitsgebühr von 25 Rpf. für jede verbrauchte Kilowattstunde. Die Arbeitsgebühr ermäßigt sich ab 1. 4. 1928 auf 20 Rpf.

Feuerlöschwesen

Außer dem schon erwähnten Sprengwagen, der auch gleichzeitig als Motorfeuerspritze dient, ist eine neue drehbare Schiebeleiter gekauft worden. Die Anschaffungskosten der letzteren betragen 5740.— *RM*. Zur Beschaffung hat die Stadt von der Nass. Brandversicherungsanstalt auf Antrag ein Darlehen von 5000.— *RM* zum verbilligten Zinssatz erhalten.

I. Polizeiwesen

a) Verwaltungspolizei.

Es wurden 430 Strafverfügungen wegen Uebertretung erlassen gegen 385 im Vorjahre. Zur Behebung von bau- und feuerpolizeilichen Mißständen wurden 7 Auflagen erteilt. Wegen Neuanstriches der Häuser wurden 64 polizeiliche Anordnungen im Zwangsverfahren erlassen, nachdem ein vorher erfolgtes höfliches Ersuchen unbeachtet geblieben war. Den polizeilichen Anordnungen ist dann ausnahmslos ohne Durchführung des Zwanges entsprochen worden, wodurch das Stadtbild zweifellos eine Verschönerung erfahren hat.

b) Gesundheitspolizei.

Es kamen 51 Fälle ansteckender Krankheiten zur Meldung. Die hierdurch erforderlichen Desinfektionen wurden durchgeführt.

c) Kriminalpolizei.

Zur Anzeige gelangten wegen:

Diebstahls	17	Personen
Einbruchdiebstahls	2	„
Betrugs	3	„
Wuchers	1	„
Meineids	1	„
Unterschlagung	1	„
Widerstandes gegen die Staatsgewalt	1	„
fahrl. Körperverletzung	2	„
Fundunterschlagung	5	„
Münzverbrechens (unbekannt)	10	„
Tierquälerei	1	„
Sachbeschädigung	3	„
gefährlicher Körperverletzung	5	„
Jagdvergehens	1	„

Außerdem wurden festgenommen wegen:

Bettelns und Landstreicherei	15	Personen
Einbruchdiebstahls	1	„
Diebstahls	5	„
Betrugs	1	„
Unterschlagung	2	„
Steckbriefverfolgung	2	„
in Schutzhaft	3	„

Gegen die Auswüchse im Autowesen wurde besonders scharf vorgegangen. Es gelangten insgesamt 150 Autofahrer wegen zu schnellen Fahrens bzw. wegen unnötiger Rauchentwicklung zur Anzeige und wurden empfindlich bestraft.

Die nächtliche Sicherheit hat sich gegenüber der Vorjahre erheblich gebessert. Alle vorgekommenen Einbruchdiebstähle wurden restlos aufgeklärt und die Täter zur Bestrafung gebracht. Durch den polizeilichen Streifendienst wurden verschiedene Einbrüche verhindert. Kapitalverbrechen waren nicht zu verzeichnen.

d) Sittenpolizei.

Durch das Gesetz betr. die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten wurde die polizeiliche Sittenkontrolle aufgehoben und das hiesige Bordell aufgelöst.

Wegen Sittlichkeitsdeliktes wurde eine Person festgenommen.

In verschiedenen Fällen wurden der Unzucht verdächtige Frauenspersonen in Fürsorge genommen.

e) Gewerbepolizei.

Zur Anzeige gelangten 16 Personen wegen Gewerbevergehens und 7 Personen wegen Umsatzsteuervergehens.

Es wurden folgende Revisionen vorgenommen:

Kontrolle der Maße und Gewichte, Verbraucheinteilungen in Bezug auf Sauberkeit, Schutz Jugendlicher in gewerblichen Betrieben, Arbeitszeit der Angestellten im Gastwirtschaftsgewerbe, Bäckereien und Metzgereien in Bezug auf Sauberkeit.

Besondere Sorgfalt wurde auf die Nahrungsmittelkontrolle gelegt. Zahlreiche Proben wurden von Nahrungs- und Genußmitteln, besonders von Milch genommen.

Der Straßenhandel wurde überwacht.

f) Fremdenpolizei.

Die Fremdenpolizei wurde gehandhabt durch Kontrolle an den Bahnhöfen und in den Gaststätten.

II. Feuerlöschwesen

a) Freiwillige Feuerwehr.

Die Freiwillige Feuerwehr besteht aus dem Brandirektor mit Stellvertreter, 3 Löschzugführern mit Stellvertretern, 3 Korpsführern mit Stellvertretern und 120 Feuerwehrleuten. Das Kommando hat Herr Branddirektor Bleichrodt, der es verstanden hat, die Wehr auf die Höhe ihrer Schlagkraft zu bringen. Abgehalten wurden im Berichtsjahr 9 Uebungen, die die Schlagfertigkeit der Wehr in jeder Hinsicht bewiesen. Die Feuerwehr trat in Tätigkeit bei einem Schuppenbrand, 2 Kaminbränden und einem Großfeuer auf dem Hofgut Denzerheide. Auf Ersuchen der Polizeiverwaltung Oberlahnstein rückte die Wehr zu dem Großfeuer der Oberlahnsteiner Papierfabrik aus. Sie griff dort tatkräftig ein.

Unfälle und Verletzungen von Feuerwehrleuten nennenswerter Art sind glücklicherweise nicht zu verzeichnen. An der Modernisierung unserer Wehr wurde nichts unterlassen. Neu angeschafft wurde eine moderne Motorspritze und eine Drehschiebeleiter. Hierdurch ist die Wehr in der Lage, jeder Situation Herr zu werden.

Von dem Kommando der freiwilligen Feuerwehr wurden in Verbindung mit der Polizei Revisionen des Kurtheaters und des Kinos inbezug auf Feuersicherheit abgehalten. Im Kurtheater wurden bei Vorstellungen die vorgeschriebenen Feuerwachen gestellt.

b) Pflichtfeuerwehr.

Zur Pflichtfeuerwehr gehören alle rüstigen Männer im Alter von 25—35 Jahren. Es wurden zwei Uebungen abgehalten, wobei den Leuten die wichtigsten Handgriffe an den Geräten beigebracht wurden. In Tätigkeit trat die Pflichtfeuerwehr nicht.

Wohlfahrts und Fürsorgewesen

a) Pflichtarbeiten.

Als Pflichtarbeiten wurden Straßen- und Wegeinstandsetzungen, die Auffüllung des Sportplatzes am Schlachthof, die Gartenanlagen im St. Martinshof usw. ausgeführt. Die Zahl der Arbeiter war schwankend bis zu 20, die an zwei Tagen in der Woche (nicht über 16 Stunden) beschäftigt wurden.

Nach Inkrafttreten des Arbeitslosenversicherungsgesetzes sind keine Pflichtarbeiten mehr ausgeführt worden, weil bei dem steten Wechsel der Arbeiter keine produktive Arbeitsleistung mehr erzielt werden konnte.

b) Unterbringung Obdachloser.

Die Zahl der im abgelaufenen Rechnungsjahre untergebrachten Obdachlosen betrug 1678. Außer der Beherbergung erhielten die Obdachlosen im Marienkrankenhaus Morgensuppe mit Brot. Die hierfür gezahlte Vergütung betrug 15 Pf. pro Person.

c) Arbeitslosenfürsorge einschließlich Krisenfürsorge.

Im Jahre 1927 hat sich die Zahl der zu unterstützenden Arbeitslosen vermehrt. Der Grund liegt darin, daß ab 1. Oktober 1927 das Arbeitslosenversicherungsgesetz in Kraft getreten ist und auf Grund dieses Gesetzes sämtliche Saisonangestellte, soweit sie eine 26wöchentliche versicherungspflichtige Beschäftigung nachweisen können, in die Fürsorge aufgenommen werden müssen. Weiter kommt hinzu, daß die Bewilligung der Erwerbslosenunterstützung früher von der Bedürftigkeitsprüfung abhängig gemacht wurde, während die Prüfung dieser Frage bei der Arbeitslosenfürsorge jetzt fortgefallen ist.

Ein weiterer Unterschied zwischen der Erwerbs- und Arbeitslosenfürsorge besteht darin, daß die Erwerbslosenunterstützung 52 Wochen gewährt wurde und den Erwerbslosen anschließend daran die Krisenunterstützung auf unbegrenzte Zeit gewährt werden konnte, während ab 1. Oktober 1927 die Arbeitslosenunterstützung nur 26 Wochen gewährt wird und die Krisenunterstützung ebenfalls nur 26 Wochen bewilligt werden darf. Die Bewilligung der Krisenunterstützung wird nach wie vor von der Bedürftigkeit abhängig gemacht. Die Höchstzahl der gewährten Unterstützungen war im Februar 1928. Durchschnittlich wurden in diesem Monat 248 Hauptunterstützungsempfänger betreut, 193 Arbeitslose und 55 Krisenunterstützungsempfänger. Die niedrigste Zahl war im Oktober 1927, nämlich 34 Unterstützungsempfänger.

Gezahlt wurden für 1927:

Erwerbslosenunterstützung bis 1. Oktober 1927	43 442.— *RM*
Arbeitslosenunterstützung ab 1. Oktober 1927	61 000.— *RM*
	104 442.— *RM*
Krisenunterstützung	12 346.— *RM*
zusammen	116 788.— *RM*

Von den bis 1. Oktober 1927 gezahlten Erwerbslosenunterstützungsbeträgen hat die Stadt $^1/_{10}$ zu tragen; zu den Kosten der Arbeitslosenfürsorge zahlt die Stadt keinen Zuschuß. Von den Kosten der Krisenfürsorge mußte sie bis zum 1. Oktober 1927 $^1/_3$ von da ab muß sie $^1/_6$ tragen. In 1926 wurden an Erwerbslosenunterstützungen 109 053.— *RM* gezahlt; an Krisenunterstützung 1 270.— *RM* zusammen 110 323.— *RM* gegenüber 116 788.— *RM* für 1927.

d) Sozialrentnerfürsorge.

Die Zahl der durchschnittlich unterstützten Sozialrentner betrug 116 mit einem monatlichen Aufwand von 1800.— *RM*.

e) Kleinrentnerfürsorge.

Die Zahl der unterstützten Kleinrentner hat durchschnittlich 65 betragen mit einem monatlichen Aufwande von 2180.— *RM*.

f) Kriegsbeschädigten- und Kriegerhinterbliebenenfürsorge.

Nach wie vor wird die Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene bestimmungsgemäß vom Kreiswohlfahrtsamt Diez ausgeübt. In Fällen dringender Notlage ist jedoch auch die gemeindliche Fürsorge ergänzend eingetreten.

g) Kleinkinderfürsorge.

Auch im abgelaufenen Winterhalbjahr hat die Schulfrühspeisung in den Volksschulen und der Kleinkinderschule stattgefunden. Die Kinder wurden von den Schulärzten in Vorschlag gebracht und zwar handelt es sich um solche Kinder, bei denen ein körperlicher Befund Anlaß zur Speisung gegeben hat. Durchschnittlich nahmen ca. 300 Kinder an den Speisungen teil.

h) Vorzugsrenten.

Auf Grund des Gesetzes über die Ablösung öffentlicher Anleihen vom 16. Juli 1925 wird von 102 hier ansässigen Personen die Vorzugsrente bezogen. Im abgelaufenen Jahre wurden nur noch einige Anträge entgegengenommen und weitergeleitet, wovon über zwei eine Entscheidung noch aussteht.

i) Impfung.

Im abgelaufenen Jahre wurden impfpflichtig:

a) Erstimpflinge: 186, davon geimpft 93
b) Wiederimpflinge: 122, davon geimpft 105

Der Rest der Impflinge ist zum Teil verzogen und größtenteils durch ärztliche Zeugnisse zurückgestellt. Vorschriftswidrige Entziehung der Impfung fand in 13 Fällen statt, in denen Bestrafung erfolgt. In Ems macht sich eine ziemlich starke Impfgegnerschaft bemerkbar.

k) Tuberkulosenfürsorge.

Die Fürsorgestelle befindet sich in Händen des Kreiswohlfahrtsamtes in Diez. Die im abgelaufenen Rechnungsjahre in einzelnen Fällen eingeleiteten Heilverfahren wurden durchgeführt. Hierunter befinden sich auch nur die Personen, deren Anträge aufgrund ihrer Invalidenversicherung wegen irgend eines gesetzlichen Mangels keine Berücksichtigung finden konnten.

l) Krüppelfürsorge.

Die Bearbeitung dieses Fürsorgezweiges erfolgt ebenfalls beim Kreiswohlfahrtsamt in Diez. Die unsererseits gestellten Anträge auf ärztliche Behandlung von Krüppelkindern fanden weitgehendste Berücksichtigung. Im übrigen können die erfolgten Behandlungen als durchaus zufriedenstellend bezeichnet werden.

m) Oeffentliche Armenfürsorge und sonstige Wohlfahrtseinrichtungen.

Die Zahl der laufenden Armenunterstützungsempfänger betrug 10 mit einem jährlichen Unterstützungsaufwand von 2130.— *RM*. Von der Durchführung einer allgemeinen Unterstützungsaktion analog den Vorjahren wurde Abstand genommen, da die Erfahrung gelehrt hat, daß hierdurch eine wirksame Hilfe nicht herbeigeführt wird. Dagegen wurden die eingegangenen Unterstützungsanträge unter Mitwirkung des Wohlfahrtsausschusses einzeln geprüft und entschieden. Durch Gewährung einmaliger Beihilfen von 10.— bis 20.— *RM* konnte manche dringende Notlage gelindert werden. Von dem für Minderbemittelte zur Verfügung gestellten Heiß. das im Schlachthof angefahren und kurz geschnitten war, konnten 398 Zentner abgegeben werden.

Im abgelaufenen Jahre wurden hier 395 Personen unterstützt mitsin unter Zugrundelegung einer Einwohnerzahl von 7104, jeder 18. Einwohner.

Besondere Anerkennung verdient noch das helfende Eingreifen der privaten Wohlfahrtspflege und der Charitativen, wodurch manche Notlage ohne Eingreifen der öffentlichen Fürsorge behoben wurde. Bei dem Umfang der öffentlichen Fürsorge hat sich dies wesentlich bemerkbar gemacht.

Alters- und Invalidenversicherung

Im Rechnungsjahre 1927 wurden 13 Invalidenrentenanträge und vier Witwen- und Waisenrentenanträge gestellt, die an die Landesversicherungsanstalt Hessen-Nassau in Kassel durch das Versicherungsamt Diez abgegeben wurden. Von den gestellten Anträgen sanden zwölf bzw. vier Versichtschung. Einem Antrag auf Uebernahme des Heilverfahrens wurde seitens der Landesversicherungsanstalt stattgegeben.

An Invaliden-, Witwen-, Waisen- und Altersrenten werden hierselbst monatlich bezogen von:

178 Invalidenrentenempfängern	= 4920.—	*RM*
55 Witwenrentenempfängern	= 1110.—	*RM*
16 Waisenrentenempfängern	= 1080.—	*RM*
7 Altersrentenempfängern	= 190.—	*RM*

Wohnungsamt

Die Sprechstunden des Wohnungsamtes finden wie im Jahre 1926 am Dienstags jeder Woche statt. Die Besucherzahl ist im ersten Halbjahr wesentlich zurückgegangen. Im Laufe des Jahres hat Herr Kesselheim sein Amt als Mitglied der Wohnungskommission niedergelegt; an seine Stelle ist der Geschäftsführer Johann Heuchemer getreten. Mietwohnungen im Preise von 50.— *RM* und höher werden alle mit Genehmigung des Wohnungsamtes an auswärtige Familien vermietet, da hier keine Interessenten dafür vorhanden sind. Der Wohnungsmangel besteht sich hier nur noch auf Kleinwohnungen. Die Mieten dieser Wohnungen dürfen nur bis zu 30.— *RM* betragen.

Mieteinigungsamt

Wie beim Wohnungsamt ist auch beim Mieteinigungsamt die Arbeit zurückgegangen. Im Winterhalbjahr fand pro Monat durchschnittlich nur eine Sitzung statt. Alle Streitfälle sind im Vergleichswege beigelegt worden.

Steuerverwaltung

Es war möglich, für 1927 eine kleine Steuersenkung vornehmen zu können. Im übrigen haben sich die steuerlichen Verhältnisse der Stadt gegenüber dem Vorjahre nicht wesentlich geändert.

Reichssteueranteile.

a) Einkommen- und Körperschaftsteuer erbrachten 138 787.— *RM*, also weit gegen den im Haushaltsplan vorgesehenen Betrag 9787.— *RM*, gegenüber dem Vorjahr 10 787.— *RM* mehr. Wir bleiben 1927 aber immer noch um 11,9 Prozent gegen 1913 zurück.

b) Die Umsatzsteuer hat den Betrag von 19 000 *RM* (Vorjahr 19 000 *RM*) ergeben.

c) Die von der Stadtverwaltung mit bankenswerter Unterstützung des Herrn Landtagsabgeordneten Dr. Steimmler erwirkten Sonderzuweisungen aus den Mitteln für das besetzte Gebiet betragen 52 000.— *RM*. Der im Etat 1927 enthaltene Fehlbetrag von 36 200 *RM* ist dadurch ausgeglichen. Weitere Gelder sollen noch folgen.

Die Kreis- und Bezirksabgabe für 1927 beträgt 122 556.— *RM*, im Vorjahre 67 000.— *RM*.

Gewerbesteuer.

Den Wünschen der Steuerpflichtigen ist hinsichtlich der Gewerbesteuer immer noch nicht genügend Rechnung getragen. Ganz besonders hervorzuheben ist der Mißstand, daß dem Steuerpflichtigen nicht zu Beginn des Jahres gesagt werden kann, was er für das kommende Jahr an Gewerbesteuer zu zahlen hat. Dieser Zustand wird so lange fortbestehen, als die Gewerbesteuerausschüsse von den Finanzämtern abhängig sind. So konnte die Gewerbekapitalsteuerveranlagung für 1925 u. 1926 erst im Okt. 1927 vorgenommen werden. Infolge dieser späten Veranlagung konnte die Abrechnung über die Gewerbesteuer der genannten Jahre, die notwendig ist, weil die Zahlungen für diese Jahre nur abschlägige waren, noch nicht vorgenommen werden. Für 1927 konnte die Veranlagung ebenfalls erst Anfang Februar 1928 zu Ende geführt werden. Die Abrechnung mit den Steuerpflichtigen wird so bald als möglich erfolgen. Sie ist eine unproduktive Arbeit, die nicht notwendig wäre, wenn eine frühere Veranlagung durch den Gewerbesteuerausschuß hätte vorgenommen werden können.

Die Grundsteuer ist in 1927 noch nach dem Veranlagungsmaßstab des gemeinen Wertes erhoben worden und zwar 6 v. T. Danach sollen 215 000 *RM* aufkommen, die eingegangen sind.

Die Mietzinssteuer erbrachte bei Erhebung von 7,2 v. T. des Gebäudesteuernutzungswertes den im Haushaltsplan vorgesehenen Betrag von 12 000 *RM*.

Das Aufkommen an Kanalgebühr betrug bei Erhebung von 30 v. T. des Gebäudesteuernutzungswertes 36 000.— *RM*.

Die Bewegungssteuer hat gegenüber dem im Haushaltsplan vorgesehenen Betrag von 20 000.— nur 18 000.— *RM* erbracht. Im übrigen wird auf die Ausführungen im vorjährigen Verwaltungsbericht, die auch heute noch zutreffen, verwiesen.

Von Einführung der Biersteuer und der Kurförderungsabgabe wurde aus den gleichen Gründen, die auch für 1926 maßgebend waren, abgesehen, nämlich, weil die Kreise, die diese Abgaben zu tragen hätten, einstweilen eine weitere Steuerbelastung nicht vertragen können.

Die Hundesteuer wird gegenüber dem Etatsoll von 9000.— *RM* nur rund 8500.— *RM* erbringen. Es sind zur Zeit gemeldet 332 (Vorjahr 340) steuerpflichtige und 35 (36) steuerfreie Hunde. 1770.— *RM* Hundesteuer wurden für den Kreis mitverhoben.

Die für die Verwaltung der staatl. Grundvermögens- und Hauszinssteuer vom Staat gewährte Entschädigung von rund 750.— *RM* steht in keinem Verhältnis zu der damit verbundenen Arbeit. Die 1926 in Kraft getretenen Hauszinssteuerbestimmungen, die weitgehende Stundungsmöglichkeiten bieten, bringen einen erheblichen mündlichen und schriftlichen Verkehr in der Steuerabteilung mit sich. In 1927 wurden rund 1500 Stundungs-, Ermäßigungs- und Befreiungsanträge bearbeitet. Während die übrigen Steuern zu Anfang des Rechnungsjahres nur einmal zum Soll gestellt werden, ist die Hauszinssteuer für jedes Vierteljahr neu zu berechnen.

Schätzungsamt. Es wurden 84 Gebäude und Grundstücke in 27 Sitzungen auf ihren Wert geschätzt. Gegen das Vorjahr fanden sieben Schätzungen weniger statt.

Auch im abgelaufenen Jahre war es möglich, die Arbeiten in der Steuerabteilung ohne Personalvermehrung fast immer fristgemäß zu erledigen.

Finanzverwaltung

Vermögen und Schulden

1. Vermögen.

Das Vermögen der Stadt setzt sich im wesentlichen zusammen aus Wald-, Haus- und Grundbesitz, werbenden Betrieben und Anstalten. Es belief sich am Schlusse des Berichtsjahres auf rund 6,34 Millionen Reichsmark (Vorjahr 5,46 Mill.) und entfällt im einzelnen auf:

1. Werbende Anlagen:

Gas- und Wasserwerk	1 000 000.—	*RM*
Schlachthof und Eisfabrik	300 000.—	„
Forsten — 647 Hektar —	1 500 000.—	„
Acker- und Wiesenland sowie Baugelände rund 105 Hektar	250 000.—	„
2. Kapitalvermögen:	688 000.—	*RM*

3. Nicht werbende Einrichtungen:

Wohnhäuser	650 000.—	*RM*
Schulen u. sonst. öffentl. Gebäude	600 000.—	„
Anstalten (Kanalisationswerk, Klärwerk, Volksbad usw.)	600 000.—	„
Straßen in Topeckausführung	750 000.—	„

In dem Kapitalvermögen sind u. a. die aus dem Bäderkredit (vergl. unter 2 Schulden) an Private abgegebenen Hypothekendarlehen mit 295 000.— *RM* und die für die städtischen Werke: Schlachthof, Kanalisationswerk, Volksbad usw. geschaffenen Rücklagefonds mit 95 100.— *RM* enthalten.

Die am 23. August 1926 in Bad Ems verstorbene Witwe Albert Benade, Minna geb. Hanitsch hat durch Testament die Stadtgemeinde Bad Ems als Erbin eingesetzt. Der wertvollste Teil des Nachlasses bestehend in dem Hausgrundstück Lahnstraße 5 einschließlich Inventar ist als Vermächtnis an Verwandte der Erblasserin übergegangen.

Die Aufwertung des verbliebenen Kapitalvermögens nach dem Stand am Todestag ergab bei einem Durchschnittssatz von 8,89 Prozent = 23 203.— *RM*. Hiervon kommen lt. Testament an 47 Verwandte, Bekannte und Anstalten Vermächtnisse im Aufwertungsbetrage von 9151.— *RM* zur Auszahlung, so daß der Stadtgemeinde ein Kapital von 14 052.— *RM* (Kurswert) verbleibt. Dieses ist gemäß dem Willen der Erblasserin unter dem Namen „Hanitsch-Benade-Stiftung" dauernd zinstragend anzulegen. Die Zinsen dienen der Fürsorge für bedürftige Säuglinge jeder Konfession in Bad Ems; vorerst erhält jedoch eine in Montabaur lebende 73jährige Verwandte der Erblasserin eine Rente auf Lebenszeit, über deren Höhe die Verhandlungen noch schweben. Die Regelung des Nachlasses einschließlich der Aufwertungsverhandlungen und dem Schriftwechsel mit den Vermächtnisnehmern verursachte eine außergewöhnlich umfangreiche Arbeit.

2. Schulden.

A) Die Ablösung der durch Ausgabe von Schuldverschreibungen auf den Inhaber aufgenommenen alten Stadtanleihen ist fast beendet. Von den noch im Umlauf gewesenen Stücken im Nennbetrag von 623 500.— *M* wurden angemeldet und abgelöst.

I. Als Altbesitz		
a) in bar, weil Spitzenbeträge od. verspätet eingegangen	8 100.— *M*	
b) durch Aushändigung von Stücken der Kommunal-Sammel-Ablösungsanleihe mit Auslosungsrecht an des Deutschen Giroverbandes	607 000.— *M*	
(Die Ablösungsbedingungen sind d. gleichen wie bei den Reichsanleihen mit Ausnahme d. Zinssatzes, der ¼ Prozent höher ist und 5 Prozent beträgt.)		
II. In bar als Neubesitz	4 200.— *M*	619 300.— *M*
noch nicht angemeldet		4 200.— *M*
Die durch die Ablösung des Altbesitzes entstandene, innerhalb 30 Jahren zu tilgende Schuld in Höhe von 12½ v. H. des ehemaligen Nennwertes mit 607 000.— *M* beträgt		75 875.— *RM*
hierzu Aufwertung der Schulden aus der Inflationszeit einschl. zwei Hypotheken mit etwa		29 125.— *RM*
Summe A		105 000.— *RM*

B) Nach Einführung der festen Währung aufgenommene Schulden:

1. Anleihe für Erwerb des Gaswerks einschl. Disagioverlust 218 863.— *RM*; hierauf bis zum Schlusse des Berichtsjahres getilgt 34 075.— *RM*, bleiben	184 788.— *RM*
2. Auslandsanleihe für Verbesserungen an den Betriebswerken 112 140.— *RM*, hiervon getilgt 2734.— *RM*, bleiben	109 406.— *RM*
3. Bäderkredit (hiervon an Private weitergegeben und im Kapitalvermögen enthalten 295 000.— *RM*).	482 000.— *RM*
4. Darlehen von Reich und Staat für die städtischen Neubauten	302 000.— *RM*
5. Darlehen vom Reich zur Weitergabe an Private für Wohnhausneubauten	40 000.— *RM*
6. Hauszinssteuerdarlehen des Kreises für städtische Neubauten	56 500.— *RM*

7. **Darlehen vom Staat für Notstandsprojekte** 190 893.— RM
(darunter 106 809.— RM für den Ausbau des Weges nach Kemmenau, woran der Bezirksverband u. die Gemeinde Kemmenau mit 59 338.— RM beteiligt sind, sowie 58 350.— RM für den Umbau der Stadtstraßen).
8. **Wechselschulden für Straßenumbauten** 270 000.— RM
(hiervon müssen 165 000.— RM im Jahre 1928 abgedeckt werden, weil die zweijährige Verlängerungsfrist abläuft).
9. **Inanspruchnahme des Rücklagefonds der städtischen Werke, kleinere Darlehen und Grundstückskaufgelder** 139 978.— RM
10. **Bankkredite verwendet f. Straßenumbau, Gewährung von städt. Baudarlehen und für Wohnhausneubauten** 300 000.— RM
Summe B 2 975 565.— RM
Summe A 105 000.— RM
Gesamtschulden am Ende des Berichtsjahres 2 180 565.— RM
gegenüber dem Stande am 31. 3. 1914 mit 1 572 034.— RM

Gegenüber dem Stande von 1914 besitzt die Stadt heute aber ein eignes Gaswerk, ein modernisiertes Wasserwerk und gute saubere Straßen, sie hat ferner 16 Wohnungsneubauten errichtet und zwei Besitzungen (Alt- und „Stadt Ems" angekauft und schließlich den Bäderkredit von 482 000.— RM zum vorteilhaften Zinsfuß aufgenommen wovon sie rund 300 000.— RM an die Bauindustrie als sichere Hypotheken weitergegeben hat. Diese 300 000.— RM müssen also von den 2 180 565.— RM betragenden Schulden abgezogen werden.

Die Lage der städtischen Finanzen wird naturgemäß durch den infolge der Anwesenheit der Besatzungstruppen immer noch erheblich verminderten Besuch unseres Bäderbades ungünstig beeinflußt. Der hierdurch eintretenden Verminderung des Aufkommens bei der Einkommensteuer und Körperschaftssteuer sowie der geschwächten Zahlungsfähigkeit der Bürgerschaft überhaupt wurde teilweise dadurch Rechnung getragen, daß der Steuerabschnitt des Haushaltsplanes einen Posten „Sonderzuweisung für die Bäder des besetzten Gebietes" enthielt. Mit Hilfe der unter diesem Etatsposten eingegangenen Beträge wird das Gleichgewicht in der Jahresrechnung 1927 hergestellt werden können.

Der Haushaltsplan ist seit dem Rechnungsjahr 1926 einer Umarbeitung und Neueinteilung unterzogen worden, einmal um den Wünschen des Reichsstädtebundes sowie der staatl. Aufsichtsbehörde nach einer Vereinheitlichung der städtischen Haushaltspläne möglichst zu entsprechen und weiter, um die Verwaltungsarbeit zu vermindern. Beide Zwecke sind erreicht worden. Der Reichsstädtebund befaßt sich zur Zeit erneut unter Verwertung der Erfahrungen aus den letzten Jahren mit der Anfertigung eines neuen Entwurfes zum Musterhaushaltsplan, dessen Gliederung sich noch mehr als dies bisher geschehen, der Reichsfinanzstatistik anpaßt. Die Aufstellung der letzteren wird dadurch weiter erleichtert.

Stadtkasse

Im Berichtsjahre betrugen:
die Einnahmen 4 413 326.— RM
die Ausgaben 4 406 279.— RM
die Buchungsposten: Einnahme 25 515 (Vorj. 26 820)
Ausgabe 10 180 (Vorj. 9 460)

Das sind arbeitstäglich rund 118 Posten. Eingeschlossen ist der gesamte Bar- und Ueberweisungsverkehr.

Jede Möglichkeit, Vereinfachungen und Verbesserungen im Kassen- und Buchungsverkehr einzuführen, die die Sicherheit erhöhen und die Verwaltungskosten vermindern, wird wahrgenommen.

Als besonderes Erfordernis muß die Aufstellung einer Buchungsmaschine (Registrierkasse) bezeichnet werden, die in einem Arbeitsgange auf mechanischem Wege folgende jetzt noch einzeln zu erledigenden Verrichtungen ausführt: Eintragung in das Einnahmebuch und dessen Aufrechnung, Quittungsstellung auf dem Steuerzettel, Uebertragen der Zahlung auf das Steuerkartenblatt und nach Bedarf auch Herstellung eines besonderen Kontrollzettels. Die jetzige Schalteranlage eignet sich für die Aufstellung der Maschine nicht, möglich ist dieses erst nach Umbau der Stadtkasse oder deren Unterbringung in dem Erdgeschoßraum des Rathauses. Mit dieser Verlegung ist die Herstellung feuersicherer Abschlüsse in den Kellerräumen für die Aufbewahrung der Bücher, Urkunden, Belege usw. zu verbinden.

Wesentliche Mehrarbeit verursachen die infolge der ungünstigen wirtschaftlichen Lage eingehenden Anträge auf Stundung der öffentlichen Abgaben, insbesondere der Hauszinssteuer. Es ist nicht zu verkennen, daß bei einzelnen Schuldnern, die unter den Zeitverhältnissen besonders zu leiden haben, hinsichtlich der steuerlichen Verpflichtungen die Grenze der Leistungsfähigkeit erreicht ist. Andererseits wird aber auch in einzelnen Fällen versucht, von den Vorteilen der Steuerstundung Gebrauch zu machen, ohne daß die Verhältnisse des Steuerpflichtigen eine solche Nachsicht erfordern.

Jeder Schuldner sollte sich bewußt sein, daß er mit einer ungerechtfertigten Verzögerung seiner Erfüllungspflicht nicht allein sich selbst Kosten und Zinsen verursacht, sondern der Allgemeinheit durch vermehrte Arbeit bei der Stadtverwaltung und durch entstehende Bankzinsen Schaden zufügt, der je nach Lage des Falles bzw. der Höhe der Schuld recht erheblich sein kann.

Nach dem Stand am 31. März 1928 waren von den im Haushaltsplan 1927 vorgesehenen und veranlagten städtischen Steuern und Gebühren 80,65 Prozent zur Stadtkasse gezahlt (gegen 75,05 Prozent im Vorjahr). Da der Haushaltsplan in Einnahme und Ausgabe gleich hohe Endsummen hat und mit Ausnahme der noch nicht gezahlten Erhöhung bei der Kreissteuer wesentliche Abweichungen auf beiden Seiten im Laufe des Steuerjahres nicht eingetreten sind, muß der sich aus den rückständigen 19,35 Prozent ergebende Fehlbetrag gegen z. Zt. 10,5 Prozent betragende Zinsen bei der Nassauischen Landesbank im Wege des laufenden Kredits aufgenommen werden.

Von den für das Berichtsjahr zum Soll stehenden Staatsabgaben waren, ebenfalls nach dem Stand am 31. März, eingegangen:
bei der Grundvermögenssteuer 82,6 Prozent (Vorjahr 83,82 Prozent),
bei der Hauszinssteuer 54,1 Prozent (Vorjahr 58,57 Prozent.)

Die erheblichen Rückstände bei der Hauszinssteuer sind größtenteils auf Grund gesetzlicher Bestimmung mit Aussicht auf Niederschlagung bis zum Jahresschluß gestundet, weil die hiesige hauptsächlich in Frage kommenden Gebäude Kurtoglerhäuser, Hotels usw.) noch nicht den vorkriegsmäßigen Fremdenbesuch erreicht haben.

Infolge der von der Stadt zur Milderung der Wohnungsnot errichteten Neubauten ist die Zahl der Inhaber städtischer Mietwohnungen auf 102 gestiegen, hiervon kommen 78 ihren gesetzlichen Verpflichtungen regelmäßig nach, während 24 Mieter — rund 23 Proz. schlechte Zahler sind. In zwei Fällen mußte die Räumungsklage eingereicht werden.

Die Stadtkasse erfüllt die gesetzmäßige Pflicht des Arbeitgebers bei Einbehaltung der Lohnsteuer für die in der Verwaltung und in den Betrieben der Stadt beschäftigten Beamten, Angestellten, Arbeiter. Unter den derzeitigen Verhältnissen muß, was die Einbehaltung der Lohnsteuer von den Arbeitern anbelangt, recht viele unfruchtbare Arbeit geleistet werden. Von 322 im Berichtsjahre bei der Stadt beschäftigt gewesenen Arbeitern — einschl. Notstand — haben wegen zeitweiser Erwerbslosigkeit oder infolge Nichterreichung des steuerfreien Mindestein kommens, 104 Personen Anträge auf Erstattung der Lohnsteuer mit Erfolg gestellt. Damit war der finanzielle Ertrag der Arbeit bei der Kürzung und Vereinnahmung der Lohnsteuer sowie der nachfolgenden Tätigkeit des Finanzamts aufgehoben. Da ist doch die Frage berechtigt, ob sich nicht eine Aenderung der Gesetzesbestimmungen ermöglichen läßt.

Am 25. November 1927 unterzogen zwei Kommissare der Preußischen Oberrechnungskammer die Stadtkasse hinsichtlich der Erhebung, zwangsweisen Einziehung und Ablieferung der staatlichen Grundvermögenssteuer und Hauszinssteuer einer Prüfung, bei der sich nichts wesentliches zu erinnern fand. Es wurde anerkannt, daß die Stadtkasse unter sehr schwierigen Verhältnissen nach den Vorschriften verfahren und die Interessen des Staates nach Möglichkeit wahrgenommen hat.

Im Berichtsjahr waren erforderlich
450 (500) einfache Zahlungserinnerungen
4894 (4226) Mahnzettel
1810 (1750) Pfändungsanordnungen

Von letzteren wurden erledigt, 950 (1000) durch Zahlung bei Vorzeigung des Pfändungsbefehls, 260 (250) durch Vornahme der Pfändung, 600 (500) durch Bewilligung einer Stundung.

(In Klammern die Zahlen des Vorjahres.)

Unvorhergesehene Prüfungen der Stadtkasse fanden am 6. Juli, 27. und 13. März 1928 durch den städtischen Kassen- und Rechnungsprüfungsausschuß statt.

Für die Prüfung der Rechenkassen in- u. außerhalb des Rathauses ist auch der Stadtrentmeister zuständig.

Besatzungsamt

Es sind nach dem Stande vom 31. 3. 1928 noch beschlagnahmt:
1 Wiesengelände als Schießplatz,
1 Teil der Kühlanlage des städtischen Schlachthofes,
22 Privatwohnungen,
8 Reichswohnungen und mehrere Reichsgebäude als Besatzungskaserne.

Im Laufe des Rechnungsjahres 1927 sind freigegeben worden:
1 Haus, in dem das Bordell eingerichtet war und
2 Privatwohnungen,
2 Remisen und Schuppen, sowie der unbebaute Teil des Anwesens „Stadt Straßburg" und
1 Wiesengelände, auf dem Schuppen errichtet sind.

Die Beträge, die das städtische Besatzungsamt im Rechnungsjahr 1927 für Besatzungsleistungen verausgabte, belaufen sich auf 172 850. RM.

Das am 22. April 1927 in Kraft getretene Besatzungsleistungsgesetz hat auf dem Gebiete der Bezahlung der Besatzungsleistungen eine völlige Umgestaltung sowohl der materiellen als auch der Verfahrensvorschriften des bisher auf Grund des Okkupationsleistungsgesetzes und seiner Ergänzungen geltenden Rechtes gebracht.

Das 3. Bataillon des französischen Infanterieregiments Nr. 150 ist im Dezember 1927 durch ein Bataillon des französischen Infanterieregiments Nr. 23 abgelöst worden.

Allgemeines

Dieser Verwaltungsbericht kann auf Vollständigkeit naturgemäß keinen Anspruch erheben. Die Vielseitigkeit der Verwaltung und die tägliche Kleinarbeit in derselben kann bis ins einzelne hinein im Verwaltungsbericht nicht zum Ausdruck gebracht werden. Das würde zu weit führen und auch den Ueberblick für den Außenstehenden erschweren. Der Bericht soll und kann daher nur ein in großen Zügen umrissenes Bild von der großen Arbeit geben, die im Rechnungsjahre 1927 geleistet worden ist.

Bei der Beurteilung des Arbeitsumfanges unserer Verwaltung mit ihren 28 Beamten und 16 Angestellten — das ist die ungefähre Zahl der Vorkriegszeit — darf man als Maßstab unsere Einwohnerzahl nicht allein zu Grunde legen, man muß vielmehr dabei berücksichtigen, daß Ems ein bedeutendes Bad ist und aus diesem Grunde Einrichtungen hat, wie Schlachthof, Kollanlisation, Klärwerk, Höhere Schule, erstklassige Straßen, größere Trinkwasserversorgung, Fremdenkontrolle, erhöhte polizeiliche Tätigkeit während der Kurzeit usw. Einrichtungen, die eine erhebliche Mehrarbeit der Verwaltung bedingen. Einrichtungen, die Nichtbadestädte mit gleicher Einwohnerzahl in diesem Umfange in der Regel nicht besitzen. Während diese Städte in der Regel in gleichmäßiger Ruhe und in gleichbleibendem Rahmen ihre Verwaltungsaufgaben erledigen können, macht sich in der Badestadt von unserer Bedeutung eine viel größere Geschäftigkeit bemerkbar, die im Sommerhalbjahr durch den Fremdenbetrieb, im Winterhalbjahr durch Arbeiten baulicher und anderer Art in Erscheinung tritt, namentlich in einem wieder aufstrebenden Badeort wie Ems, der alle seine Einrichtungen immer sorgfältig auf der Höhe halten muß und dem, infolge des großen Fremdenverkehrs, immer wieder neue Anregungen zuströmen, denen er sich im wohlverstandenen Interesse des Fremdenverkehrs, also auch der Stadt, nicht verschließen darf. Bei uns würde daher Stillstand ganz sicher Rückgang bedeuten und da das nicht sein darf, so muß hier stets ein frischer, kühriger Wind in der Verwaltung wehen.

Ich weiß, daß hier und da in der Bürgerschaft die Meinung auftaucht ist, es möchte jetzt einmal eine Ruhepause einrichten, nachdem wir in den letzten drei Jahren so viel wichtige Fragen gelöst haben, wie: Uebernahme und Verbesserung des Gaswerks, Erweiterung des Wasserwerks, 600-Jahrfeier, Neuregelung der Licht- und Kraftstromversorgung, Ausbau der Realschule zur Oberrealschule, Verstaatlichung der höheren Mädchenschule, Schaffung von 86 Wohnungen, Modernisierung unserer Straßen, Herrichtung des Bäderkredits, Neuausrüstung unserer Feuerwehr, Schaffung eines Sportplatzes für unsere Jugend, Bau eines Ehrenmals für unsere gefallenen Krieger, Errichtung eines großen Gasometers, Einführung der modernen Müllabfuhr usw.

Ja, wenn man in Betracht zieht, daß diese Menge, größtenteils sehr wichtiger Arbeiten, in einer so kurzen Zeitspanne ausgeführt sind und dazu in einer Zeit der wirtschaftlichen Depression und großen Geldknappheit, die sich namentlich in unserer Badestadt durch ungenügenden Kurbesuch auswirkte, so muß jeder Außenstehende den Mut und die Entschlußkraft der städtischen Körperschaften anerkennen, umsomehr, als Niemand uns nachsagen kann, daß wir etwas falsch gemacht oder etwas Ueberflüssiges getan haben. Man darf doch wohl sagen, daß die städtischen Körperschaften bei allen ihren, in den letzten Jahren beschlossenen Unternehmungen dank gründlicher Vorbereitung durch den Magistrat und dank gründlicher Durchprüfung des Stadtverordnetenkollegiums, nach jeder Richtung hin eine glückliche Hand gehabt haben. Es wurden Einrichtungen geschaffen, die im wohlverstandenen Interesse der Stadt und ihrer Fortentwicklung notwendig waren und deren Erfolge schon heute teils greifbar, teils erkennbar sind. Hinzu kommt, daß während der Amtszeit der gegenwärtigen städtischen Körperschaften wieder ruhige und friedliche Verhältnisse in Ems eingekehrt sind und daß alle unsere oft lange währenden Sitzungen getragen wurden vom Geiste des Fortschritts, der Harmonie und der Achtung vor der Ueberzeugung anders denkender Mitarbeiter. Wenn also die gegenwärtigen städtischen Körperschaften demnächst von der Bühne des Stadtparlaments abtreten müssen, so dürfen sie mit Befriedigung und Genugtuung auf ihre erfolgreiche, vierjährige Tätigkeit zurückblicken. Jeder objektiv denkende, sachlichkeitlich gesinnte Einwohner kann den gegenwärtigen städtischen Körperschaften nur das Zeugnis ausstellen, daß sie im Dienste des Allgemeinwohles voll und ganz ihre Pflicht erfüllt und unsere schöne Badestadt ein gut Stück vorwärts gebracht haben.

Der auch schon einmal im Stadtverordnetensaale von einer Seite kürzlich geäußerte Wunsch nach einem langsameren Tempo der Verwaltungsmaschine ist ja angesichts der Menge der in den letzten drei Jahren aufgeführten Arbeiten durchaus verständlich — und mancher, vom Ruhebedürfnis angehauchte Magistrat würde den verlockenden Mahnruf zur Bequemlichkeit sich gerne dienen lassen. Es ist aber bei uns in Ems noch immer einiges zu tun. Zu lösen sind noch folgende Fragen:

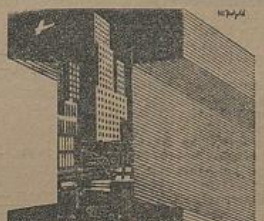
1. Herstellung eines Aufganges von der Römerstraße zum Ernst Vogler-weg, etwa in der Gegend des Hauses „Mosson",
2. die Verbesserung des Restes unserer Straßen,
3. die unbedingt notwendige Modernisierung unseres Klärwerks zur Gasgewinnung, die mit ganz geringen Mitteln erfolgen kann,
4. die Fernsgasversorgung, sofern sie billiger ist, als unsere eigene Gaserzeugung,
5. die Eingemeindung benachbarter Gebietsteile im Westen, Süden und Osten der Stadt,
6. der Hochwasserschutz,
7. Bebauung des Winterbergs von privater Seite,
8. die verstaatlichung unserer Oberrealschule und evtl. Einrichtung eines staatlichen Lyzeums.

Nennenswerter Geldopfer für die Stadt sollen und dürfen mit diesen Plänen nicht verbunden sein. Mit großen Geldausgaben wollen wir einstweilen Schluß machen. Diese Pläne sollen im Gegenteil eine Entspannung unserer Finanzlage herbeiführen, was namentlich durch ein modernes Klärwerk, durch die Gasversorgung und zum Teil durch die anzustrebende Verstaatlichung der Oberrealschule erreicht werden soll.

Alle diese Pläne werden aber erst nach und nach und vor allem erst nach gründlicher Durchprüfung in finanzieller und wirtschaftlicher Hinsicht zur Vorlage gelangen.

In allererster Linie wünschen wir etwas, was noch viel dringlicher ist, nämlich: die Befreiung von der Besatzung! Vor aller Welt geben auch wir unserer tiefen Enttäuschung darüber Ausdruck, daß trotz Locarno und trotz der Verständigungspolitik Deutschlands immer noch fremde Truppen in unserer Badestadt stehen. Besetztes Gebiet ist unfreies, das Aufwärtsstreben unserer Badestadt hemmendes und daher von den Kurbesuchern vielfach gemiedenes Land! Und trotz allem wünschen wir keine neuen Opfer für unsere Befreiung! Lieber wollen wir, stolz und dankbar der Großtat deutscher Flieger gedenkend, die vor wenigen Tagen deutsches Wissen und Können mit tapferem Mut der ganzen Welt gezeigt haben, der Stunde des Erwachens des Weltgewissens für Friede und Gerechtigkeit entgegenharren, sie wird auch und die Stunde der Freiheit bringen! Möge die Geschichte einst über das deutsche Volk und sein Schaffen in den letzten schweren Jahren das Dichterwort Gottfried von Straßburgs sehen:

Ihm war ein volles Maß und viel vertiehen in
zwei Dingen,
im Leib und im Gelingen!



Die Technische Stadt
Jahresschau Dresden

Pianos, Harmoniums
bewährte Fabrikate, (Lager cr. 16 Instr.) Verkauf geg. bar u. Teilzahlung bei Barzahl. hoher Rabatt. Besichtigung ohne Verbindlichkeit. Katalog u. Anerkennungsschreiben gratis. Gebrauchte Pianos stets vorrätig u. nehme auch in Zahlung. Stimmungen Reparaturen.
H. Schneider, Pianobau
Limburg, Tal Josaphat, Telefon 255

Bei einseitiger Körnerfütterung ist die Geflügelzucht unrentabel.
Nagut
dem Körner- oder Weichfutter zugesetzt, sichert auch im Winter doppelten Eierertrag
frühlegende Hühner, auch wenn die Hühner ohne freien Auslauf gehalten werden.
Bezugsquelle für Wiederverkäufer:
Martin Fuchs G. m. b. H., Diez und Oberlahnstein
Bezugsquelle für Verbraucher:
Allgem. Konsumverein; Wilh. Linkenbach
Rich. Steuber; Wilh. Hofferth Wwe.,
Bad Ems.

Verkauf durch
Riller & Co., Bad Ems, Römerstr. 22

Ziehung 13. u. 16. Mai
Aachener Münsterbau-Geld-Lotterie
7168 Gewinne u. 1 Prämie M.
150000
75000
50000
25000
10000
Die Lose sind im Kurz zahlbar
Lose zu 3 M.
Postgebühr u. Liste 40 Pfg.
5 Lose per Stück Porto u. Liste 15 M.
überall erhältlich
Deutsche Lotterie-Emissions-Gesellschaft
Berlin W 9, Lennéstr. 4
Postscheckk. Berlin 13570

Ich beleidigung, die ich bei seiner Arbeit gegen den Oberstegierungsinspektor H. Bingel u. dessen Schwager, den Arbeiter J. Wagner ausgesprochen habe, nehme ich als unwahr zurück.
Frau Paul Gutenacker

Junges Ehepaar
sucht
Wohnung
1 Zimmer und Küche (evtl. Mansarden).
Näh. Geschäftsstelle Ems

DANKSAGUNG
Von meinen Schmerzen befreit gebe ich Allen, die an
Gicht, Ischias und Rheumatismus
leiden kostenlos Auskunft, wie ich in kurzer Zeit für wenige Mark geheilt wurde. 15 Pf. für Porto erbeten.
B. Fischer, Kalkberge Nr. 192, Bez. Potsdam

Nun bin ich über 100 Jahre alt
Reichels Wacholder-Extrakt Marke „Medico" den ich mit bestem Erfolg genommen habe, kann ich nur als gern hergebrachtes zur Erhaltung der Gesundheit und Lebenskraft, zur Erhaltung des Lebensgeistes und der Frische, sowie zur Wiederherstellung bestens. Reichels Wacholder-Extrakt Marke „Medico" hat mir bisher sehr wohlgetan und ich nehme ihn deshalb ständig weiter. Mauer, 14. 8. 27. Gartenstr. 6. Franz Weiß.
Wieder ein neues Zeugnis seiner Hervorragenden über die Wirkungskraft dieses Lebensaufbaues, das die Kräfte, Blutkreislauf hebt, Lebensfreude bewirkt, die Widerstandskraft der Lebensfunktionen kräftigt und Krankheiten durch gute Blutbeschaffenheit verhindern hilft. In Apoth. u. Drogerien erhältlich, aber echt nur in Originalflaschen mit Marke „Medico" und Firma Otto Reichel, Berlin 80, Gitschinerstr. 4. Es bleibt nun lebenslänglich und kann, ohne zu ändern, alt werden
mit Reichels Wacholderextrakt
Bestimmt zu haben bei:
A. Zimmermann, Oranien-Drogerie, Diez, Wilhelmstr. 26.

Der beste Freund des Menschen
in gesunden und kranken Tagen ist das Bett
Gute Betten und Bettwaren
sind der größte Vertrauensartikel.
Am besten u preiswertesten kauft man sie bei
C. Backhaus, Koblenz Löhrstr. 60—62, Fischelstraße 4
Eingang auf Löhrstraße 62.